

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fest- und Versammlungsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsinserate werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: G. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, hiesig in Bochum, Wiemshäuser Straße 88—92. Telefon-Nr. 98 u. 89. Telegr.-Adr. A. 1111 Bochum.

### Kapitalistische Raubwirtschaft.

Die Vorboten der Wirtschaftskrise zeigen sich in wachsender Zahl. Schlechter Geschäftsgang, wachsende Arbeitslosigkeit, Arbeiterentlassungen, Lohnabzüge, Feiertagslöhne werden gemeldet. Im 1. Halbjahr 1913 konnten die dem Rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat angeschlossenen Bechen 105 Prozent ihrer Verteilungssiffer fördern, was einer völligen Freigabe der Fördermöglichkeit gleichkam. Aber schon für Juli wurde die Kohlenförderung auf 95 und für Oktober auf 87 1/2 Prozent der Verteilung herabgesetzt. Dem Niedergang in der Eisenindustrie ist also der Bergbau sehr schnell gefolgt. Ueber die Lage auf dem Ruhrkohlenmarkt berichtete die „Deutsche Bergw.-Ztg.“ (Nr. 258) vom 2. November:

„Der Ruhrkohlenmarkt zeigte auch in der abgelaufenen Berichtswoch eine wenig erfreuliche Haltung. Die Abschwächung im Absatz hat weiter-unverkennbare Fortschritte gemacht, so daß sich eine große Reihe von Bechen zur Einlegung von Feiertagslöhnen genötigt sah. Es zeigte sich allenthalben, daß die von den Bechen zur Verfügung gestellten Mengen nicht in vollem Umfange abgenommen werden konnten, zumal die anhaltend warme Witterung den Kohlenverbrauch sehr beeinträchtigte. Die Folge ist, daß die auf den Bechen lagernden Bestände zunehmen. Man darf unter diesen Umständen schon damit rechnen, daß das Kohlenyndikat die Preise ermäßigen wird, eine Auffassung, der ja auch Generaldirektor Müser in der Versammlung der Harpener Bergbau-V. u. G. jüngst Ausdruck gab, indem er meinte, daß das Syndikat voraussichtlich die Preise für Koks am 1. Januar und die für Kohlen ab 1. April herabsetzen werde.“

Über nicht nur Preisermäßigungen, sondern auch Lohnkürzungen wurden in der Generalversammlung der Harpener V. u. G. am 25. Oktober angekündigt. Nach einem Bericht der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ führte der Vorsitzende, Freih. v. d. Seyden-Mynsch aus:

„... daß voraussichtlich eine Preisermäßigung für Koks im Januar 1914 und für Kohlen im April 1914 eintreten würde. Ob diese Preisermäßigungen durch Reduzierung der Selbstkosten sich ausgleichen ließen, sei fraglich. Wahrscheinlich werde man in absehbarer Zeit die Löhne etwas reduzieren müssen. Beim Absatz mache sich mangelhafter Absatz in einzelnen Kohlenorten und namentlich in Koks fühlbar, so daß zahlreiche Feiertagslöhne eingelegt werden müßten. Die weitere Entwicklung der Marktlage sei schwer zu beurteilen.“

Schon Anfang Juni sagte der Fahrsteiger Ziefeld von Beche de Wendel zu einer Kameradschaft:

„Die Konjunktur fällt auf einmal so stark. Ihr sollt mal sehen, nächstes Jahr seid Ihr froh, wenn Ihr noch 5 Mark pro Schicht verdient.“

Auch auf anderen Bechen sind schon überall Lohnkürzungen angedroht und vorgekommen worden. Mehr als je fühlen sich die Grubenkapitalisten infolge der Streikbrecherdienste der „Christenführer“ als Herren der Situation. Und wie sie diese Situation auszunutzen verstehen, das zeigen die trotz der absteigenden Konjunktur gewaltig steigenden Ueber-schüsse:

Es erzielten Ueber-schüsse im dritten Vierteljahr (in Mark):

	1910	1911	1912	1913
Abler	72 068	174 722	228 621	107 884
Alte Haase	28 275	27 692	62 809	47 751
Wipreder V. u. G.	102 657	114 541	180 432	135 751
Plantenburg	27 181	2 282	40 875	36 825
Bochumer V. u. G.	151 336	177 113	290 813	345 470
Caroline	49 211	37 696	75 392	107 053
Constantin	1 252 840	1 196 544	1 894 078	3 021 686
Dorfstedt	304 648	337 060	544 739	569 499
Emald	1 103 730	876 783	1 752 365	2 215 956
Friedrich der Große	525 365	536 423	841 484	955 362
Gottesfaden	35 122	20 232	21 191	42 764
Graf Bismarck	1 036 142	911 889	1 233 007	1 420 362
Graf Schwerin	154 988	227 248	365 419	450 667
Harpen	4 036 000	3 752 000	6 373 000	7 232 000
Heinrich	149 490	130 942	196 684	264 837
Hibernia	2 663 116	2 565 916	3 850 709	4 374 054
Helene und Emalie	356 376	344 874	549 097	831 886
Joh. Deimelsberg	154 809	42 623	232 436	295 554
König Ludwig	429 221	607 396	998 527	1 325 936
König Wilhelm	600 136	600 504	910 936	1 080 990
Königin Elisabeth	500 918	491 771	812 006	860 297
Königsborn	532 367	710 355	1 033 781	1 311 035
Lorchingen	417 460	403 763	650 010	1 000 926
Mont Genis	479 147	227 704	224 060	336 227
Mülheimer V. u. G.	621 965	525 034	680 800	727 357
Schürbank u. Charlottenbg.	48 923	35 246	62 360	65 569
Trappe	62 866	48 471	102 679	104 767
Zusammen	15 956 417	15 134 824	24 263 955	29 370 465

Der Ueber-schub dieser 27 Werke ist danach gestiegen von insgesamt 15 956 417 Mk. im 3. Vierteljahr 1910 auf 29 370 465 Mark im 3. Vierteljahr 1913 oder um 13 414 048 Mk. gleich 81,1 Prozent. Gegen die gleiche Zeit des Vorjahres ist der Ueber-schub dieser 27 Werke im 3. Vierteljahr 1913 gestiegen um 5 106 510 Mk. gleich 21 Prozent. Um ein durchaus objektives Bild zu erhalten, haben wir in vorstehender Tabelle wahllos

alle kleinen und großen Werke zusammengestellt, die ihre Berichte in der Werkspresse veröffentlichen. Die großen gemischten Werke, wie Gelsenkirchen, Rhönig, Deutsch-Luxemburg usw. mit ihren Riesengewinnen fehlen noch, sonst wäre die Gewinnsteigerung noch weit gewaltiger.

Die märchenhafte Gewinnsteigerung zeigt aber auch, daß die Kohlenpreissteigerung in der Hauptsache nur den Werkskapitalisten zugute kam. Ab 1. April 1912 trat eine Kohlenpreissteigerung ein, die den Werkskapitalisten eine jährliche Mehreinnahme von etwa 50 Millionen Mark nach vorsichtiger Schätzung brachte. Die Wirkung dieser Preissteigerung zeigte sich im 3. Vierteljahr 1912, wo die Gewinne der angeführten 27 Werke gegen die gleiche Zeit des Vorjahres um 9 129 131 Mk. gleich 60,3 Prozent stiegen.

Schon Ende 1912 wurden die Marktverhältnisse unsicher und unerkennbar, setzte der Niedergang besonders in der Eisenindustrie ein. Die Raffucht der Syndikats Herren aber nahm darauf keine Rücksicht. Unbekümmert darum, daß der wirtschaftliche Niedergang dadurch beschleunigt und verschärft wurde, ließen sie ab 1. April 1913 eine weitere Preissteigerung eintreten, die ihnen nach vorsichtiger Schätzung eine nochmalige Mehreinnahme von etwa 50 Millionen Mark jährlich sicherte. Rechtfertigt sich die erste Preissteigerung bei den riesigen Werksüberschüssen schon nicht, so war die zweite ein unverantwortlicher Frevel an unserer Volkswirtschaft. Aber danach fragen die Werkskapitalisten nicht, ist doch der Gewinn der angeführten 27 Werke im 3. Vierteljahr 1913 weiter um 5 106 510 Mk. gleich 21 Prozent gegen die gleiche Zeit des Vorjahres gestiegen; sie haben also ihren Zweck erreicht und das ist ihnen die Hauptsache.

Die Löhne der Arbeiter aber haben mit der märchenhaften Gewinnsteigerung auch nicht im entferntesten gleichen Schritt gehalten. Es betrug

	Der Durchschnittslohn der Gesamtbelegschaft	Sauer und Lehrhauer
4. Vierteljahr 1907	4,09 Mk.	6,14 Mk.
3. " 1910	4,57 "	5,40 "
3. " 1911	4,72 "	5,45 "
3. " 1912	5,10 "	6,12 "
2. " 1913	5,37 "	6,50 "

Vom 3. Vierteljahr 1910 bis zum 2. Vierteljahr 1913 sind danach gestiegen die Durchschnittslöhne der Gesamtbelegschaft um 80 Pf. gleich 17,5 Prozent, die der Sauer und Lehrhauer um 1,10 Mk. gleich 20,4 Prozent. Demnach: Gewinnsteigerung 81,1 Prozent, Lohnsteigerung nur 17,5—20,4 Prozent.

Noch viel ungünstiger für die Arbeiter gestaltet sich ein Vergleich mit dem 3. Vierteljahr 1911. Im 3. Vierteljahr 1913 war der Gewinn der angeführten 27 Werke um 14 235 641 Mk. gleich 94 Prozent höher, wie im 3. Vierteljahr 1911. Vom 3. Vierteljahr 1911 bis zum 2. Vierteljahr 1913 stiegen die Durchschnittslöhne der Gesamtbelegschaft nur um 65 Pf. gleich 13,3 Prozent, die der Sauer und Lehrhauer um 1,05 Mk. gleich 19,3 Prozent. Demnach: Gewinnsteigerung 94 Prozent, Lohnsteigerung nur 13,3 bis 19,3 Prozent.

Die Werkskapitalisten schwimmen im Golde, die Arbeiterlöhne aber stehen in ihrer Kaufkraft noch weit hinter dem Hochstand von 1907 zurück. Den Höchststand hatten die Löhne im Ruhrbergbau im 4. Vierteljahr 1907 erreicht, von da ging es bis zum 2. Vierteljahr 1909 mit Riesenschritten abwärts. Wenn durch diese Lohnrückgänge haben die Ruhrbergarbeiter über 150 Millionen Mark Lohnverluste erlitten, ungerichtet die Verluste, die ihnen durch die vielen Feiertagslöhne entstanden sind. Im 2. Vierteljahr 1913 hatten die Durchschnittslöhne der Gesamtbelegschaft den Höchststand von 1907 nur um 38 Pf. gleich 7,6 Prozent, die der Sauer und Lehrhauer um 36 Pf. gleich 5,9 Prozent überschritten. Seit 1907 hat sich die Lebenshaltung um mindestens 20 Prozent verteuert; die Löhne stehen also immer noch 13—15 Prozent hinter der Verteuerung der Lebenshaltung gegen 1907 zurück.

Die Lohnsteigerung ist aber obendrein fast ganz durch eine entsprechende Steigerung der Leistung erzielt worden. Nach dem Bericht des Bechenverbandes betrug im Ruhrgebiet durchschnittlich pro Arbeiter:

	1909	1910	1911	1912	Steigerung seit 1909
Förderung in Tonnen	243,1	251,7	259,0	270,2	27,1 To. = 11,2%
Durchschnittslohn (Mk.)	4,49	4,54	4,69	5,05	56 Pf. = 12,5%
Also Leistungssteigerung seit 1909	11,2	Proz.,	dagegen Lohnsteigerung	12,5	Prozent, Plus 1,3 Prozent.
Es ergibt sich aus alledem folgendes Bild:					
Gewinnsteigerung					60—80 Prozent
Lohnsteigerung					12,5 "
Leistungssteigerung					11,2 "
Demnach: wirkliche Lohnsteigerung nur					1,3 "

Demnach ist die riesige Mehreinnahme von etwa 140 Mill. Mark jährlich, welche sich die Werkskapitalisten durch die zweimalige Preissteigerung der Brennstoffe sicherten, fast ausschließlich in ihre Geldbörse geflossen. Um 60—80 Prozent stiegen

die Gewinne, die Löhne nur um 1,3 Prozent. Das ist Raubwirtschaft in des Wortes schlimmster Bedeutung.

Die Preispolitik des Kohlenyndikats kommt fast ausschließlich den Werks Herren zugute, schwächt die inländische Weiterverarbeitungsindustrie, unterbindet ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte, unterstützt somit die ausländische Konkurrenz, verschärft die Krise und Arbeitslosigkeit und verteuert letzten Endes auch die Lebenshaltung. So schrieb die „Köln. Volkszeitung“ vom 13. Oktober 1912:

„Der Essener Hoheisenverband hat kürzlich die Preise erhöht und weitere Preiserhöhung in Aussicht gestellt und zwar mit der Begründung, daß das Kohlenyndikat Preisserhöhung beabsichtige. Diese ist inzwischen auch schon in bestimmtem Maße angekündigt worden. Man hat hier wieder einmal den wirtschaftlichen Kreislauf vor sich, dessen letztes Glied die Verteuerung der Lebenshaltung bildet. Wenn die Rohstoffe teurer werden, müssen selbstverständlich auch die Fertigerzeugnisse folgen. Das ist eine Waisenvahrheit.“

Eine Waisenvahrheit, an die sich aber die Werkskapitalisten nicht stoßen; ihnen kommt es nur darauf an, sich auf Kosten der Gesamtheit zu bereichern. Neben unserer „bewährten Wirtschaftspolitik“ hat diese kapitalistische Raubwirtschaft zu Zuständen geführt, über die selbst das „Zentralblatt der Glütten- und Walzwerke“ (Nr. 30 vom 25. Oktober 1913) urteilt:

„Man überlege sich doch, daß die Verteuerung für Lebensmittel in Deutschland, auch wenn man von allen tendenziösen Uebertreibungen absteht, einen Grad erreicht hat, der an und für sich und durch seine Auswirkungen auf die Lohnhöhe die Produktionskosten ganz außerordentlich in die Höhe schiebt. Das sind Verhältnisse, die man nicht als gesund bezeichnen kann. Wenn man bedenkt, um wieviel billiger im Verhältnis der Arbeiter in England oder gar in Rußland sein Fleisch erworben kann, wenn man die Nahrungsmittelpreise auch der meisten übrigen Länder in Betracht zieht, so wird man sich sagen müssen, daß schon hierdurch Deutschland allmählich ins Hintertreffen gedrängt wird. Mit der Verteuerung der Produktion an Wichtigkeit die Bodenfrage. Auch für die Verbilligung der Meerespreise muß Sorge getragen werden, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß ebenso wie hohe Fleischpreise, so auch die hohen Meerespreise zur Verteuerung der Produktion in erheblichem Maße beitragen.“

Solche Wirkungen hat die kapitalistische Raubwirtschaft und unsere „bewährte Wirtschaftspolitik“, die Großkapitalisten und Großagrariern die Taschen füllt und das Vermögen der Nation in immer weniger Taschen fließen läßt. Die Schürer des Goldhaufens aber sind die „Christenführer“. Wie zuvor war der Zeitpunkt, den Verarbeitern einen berechtigten Anteil am Ertrage ihrer Arbeit zu erkämpfen, so günstig, als im März 1912. Da aber stellten sich Zynbusch und Gehossen schützend vor die Geldschränke des internationalen, vaterlandslosen Grubenkapitals, forderten Gendarmen und Militär mit Maschinengewehren, „siegten“ mit ihrer Hilfe über ihre kämpfenden Massengenossen. Heute aber nennen Zynbusch und Genossen mit frecher Stirn die Kämpfer von 1912 Beschützer des Goldhaufens. Bei diesen Ursachen ist in der Tat die Scham zu den Hunden geflohen!

### Syndikatslegen.

Die Unternehmerpresse wird nicht müde, die „maßvolle, volkswirtschaftlich segensreiche Preispolitik“ der Kartelle und Syndikate zu preisen; sie sollen auch eine Regelung der Produktion herbeigeführt und die starken Lohn- und Marktschwankungen beseitigt haben. Nun ist die Montanindustrie bekanntlich am stärksten kartelliert und hier mühten sich darum auch die „segensreichen Wirkungen“ am besten gezeigt haben. Außer den schwerreichen Industriefinanzisten und ihren Geldlangern ist aber kaum jemand damit zufrieden. So wurde z. B. in einer Ausschußsitzung der Silesheimer Handelskammer am 21. August 1913 über die „volkswirtschaftlich segensvolle Preispolitik“ des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats ausgeführt:

„Seitens des hiesigen Vereins der Kohlenhändler wird in letzter Zeit Beschwerde darüber geführt, daß ihnen durch die sogenannten fliegenden Händler eine empfindliche Konkurrenz bereitet wird. Namentlich besaßen sich eine Anzahl von Eisenbahnbeamten nach Angabe des hiesigen Vereins mit dem Betriebe von Kohlen und Brennstoffmaterialien nicht nur in ihren Kreisen, sondern darüber hinausgehend, an Privatleute. Die Kammer wird, wie sie es auch in früheren Fällen mit Erfolg bereits getan hat, im Interesse des hiesigen Kohlenhandels bei der Eisenbahnverwaltung intervenieren. Sie verkennt allerdings hierbei nicht, daß die vom Kohlenyndikat von Jahr zu Jahr erhöhten Preise zurzeit einen derartigen Stand erreicht haben, daß Beschreibungen der Konsumenten erklärlich sind, auf dem Wege der Selbsthilfe gegen diese exorbitante Preisfestsetzung des Kohlenyndikats einzuschreiten, und es würde nach Ansicht der Kammer im eigenen Interesse der Kohlenhändler liegen, wenn sie auch ihrerseits Verantwortung nehmen, gegen die allmählich als unerträglich zu bezeichnenden vom Kohlenyndikat diktierten Preise Stellung zu nehmen. Bei normalen und erträglichen Preisen würde wahrscheinlich der von den Beschwerdeführern beklagte heimliche Kohlenhandel von selbst aufhören.“

Das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat ist zur „Verteilung“ des ungesunden Wettbewerbes“ gegründet worden, d. h. zur Verteilung jeden Wettbewerbes, soweit seine Macht reicht. Die gleiche, „volkswirtschaftlich segensvolle“ Aufgabe, den Kapitalisten die Geldbörse zu füllen, verfolgen auch die übrigen Kartelle und Syndikate. Welche Folgen das zeitigt,

erhält sich schon aus vorstehender Neuherung der Silberheimer Handelskammer.

Vorteile haben auch die Arbeiter durch die Kartell- und Syndikatspolitik nicht gehabt: die großen Lohnschwankungen bestanden nach wie vor, eine allgütige Reform des Arbeitsvertrages, die den Arbeitern ein Mitspracherecht auf die Gestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen und einen berechtigten Lohnanteil am Ertrage der Arbeit sichert, läßt ebenfalls noch auf sich warten.

Table with 6 columns: Wert der Leistung, Jahreslohn, Lohnanteil, Wert der Leistung, Jahreslohn, Lohnanteil. Rows for Steinkohlenbergbau, Braunkohlenbergbau, Erzbergbau, Salzbergbau.

Der Wert der Leistung und der Lohnanteil am Wert derselben sind berechnet nach Angaben in den 'Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reiches'; diese Statistik erfasst jedoch den gewaltigen Wert der Nebenproduktion nicht.

Am deutschen Steinkohlenbergbau ist gegen 1896 der Wert der Jahresleistung pro Arbeiter nach vorstehender Tabelle gestiegen um 1146 Mk., der Jahreslohn nur 578 Mk.

Nach ungünstiger für die Arbeiter gestaffelten sich die Verhältnisse im deutschen Braunkohlenbergbau. Gegen 1896 stieg hier der Wert der Jahresleistung pro Arbeiter um 1586 Mk., der Jahreslohn aber nur um 485 Mk.

Nicht viel günstiger für die Arbeiter liegen die Verhältnisse im Erzbergbau. Gegen 1896 stieg hier der Wert der Jahresleistung pro Arbeiter um 1366 Mk., der Jahreslohn dagegen nur um 527 Mk.

Die Preispolitik des Kalisyndikats hat in der Kaliindustrie eine ziel- und schrankenlose Spekulation hervorgerufen und dadurch geradezu verheerend gewirkt, so daß die Ge-

gebung eingreifen mußte und am 18. Mai 1910 selbst die 'M.-Westf. Zeitung' schrieb: 'Das Kaligeseh ist entstanden, weil das privatsyndikalistische System in der Kaliindustrie völlig flüchtig gemacht hat.'

Es liegt klar auf der Hand, daß sich die Produktion nicht in gleichem Maße steigerte. Um nun den neuankommenden Werken Abhilfe zu schaffen, mußte die Beteiligungsziffer der alten Werke immer mehr gekürzt werden, so daß einzelne Werke nur noch 20-25 Prozent ihrer Leistungsmöglichkeit ausnutzen konnten.

Die Kapitalistische Mißwirtschaft kommt auch in vorstehender Tabelle zum Ausdruck. Von 1896 bis 1909 stieg der Wert der Jahresleistung pro Arbeiter von 3622 auf 3867 Mk., oder um 225 Mk.

Den Arbeitern hat die Syndikatswirtschaft also ebenfalls keinen Segen gebracht, der Lohnanteil am Wert der Leistung ist nicht größer geworden, die höheren Löhne sind nur durch noch höhere Wertleistungen erzielt worden.

Die Knappschaftsreform im Urteil der Bergarbeiter.

Die Ruhrbergarbeiter haben von jeher einen lebhaften Anteil an der Gestaltung der Knappschaftsverhältnisse genommen. Sie haben die großen Forderungen für knappschaftliche Verbesserungen gekämpft, und so lange die Organisation besteht, immer erneut Forderungen an die Generalversammlungen gestellt.

erreicht worden?; sondern: konnte mehr erreicht werden? Diejenigen die mit dem Erreichten nicht zufrieden sind - und dazu gehören wir alle ohne Ausnahme - müssen ihre Angriffe gegen die Werksherren richten.

Anders handeln die Streikbrecher, die unsere Kassen verfeindeten, weil es ihr Geschäft ist. In den ersten Tagen nach der Generalversammlung erschienen sie entweder gar nicht in unseren Versammlungen oder stimmten unserer Resolution zu.

Einen besonderen Schlag wollten die Streikbrecher am 1. November im 'Schwarzen' Vorbeigehen unseren Verband führen, hielten sich jedoch einen schweren Rosenkranz, der lange und gründlich schmerzte.

Erreicht sei nichts. Dafür hätten unsere Kassen große Anteile bewilligt, hätten eine Arbeitsgemeinschaft mit den Werksherren abgeschlossen und die Gemäßigten abgelöst.

Die 'Christlichen' sind sich doch überall gleich; erst stimmen sie für Einführung von Kontrollen, dann beschimpfen sie darüber und erheben als richtige Abriter gegen ihren eigenen Beschluß Beschwerde.

Das Heldengrab in Bockstein. Am Fuße der hohen Tauern befindet sich der kleine Ort Bockstein. Vor einigen Jahren, als man die Tauern durchbohrte und dem Verkehr einen neuen, kürzeren Schienenweg erschuf, war der Ort von hundert hundert Arbeitern bevölkert.

Der Goldbergbau in Salzburg.

Von Josef Witternigg.

Die Blütezeit des Goldbergbaues und dessen Verfall. Im 14. und 15. Jahrhundert betrug die Bevölkerungszahl über 6000 im Gasteiner- und über 3000 im Kauritztal.

Das Ueberhandnehmen der Goldgier und das Wohlleben der hohen Geistlichkeit brachte erhöhte Steuern, neue erhöhte Zölle, die Einhebung eines Reichssteuerzuges, einer Türkensteuer usw.

Die Mißgunst gegen Geistlichkeit und gegen die geistliche Regierung wuchs, die Aufklärung führte bald zur Erkenntnis, daß der Tyrann ein Ende gesetzt werden müsse.

Die Arbeitszeit wurde für die Mannigfaltigkeit mit fünf und einer halben achtundzwanzig Stunden pro Woche festgesetzt. Alltäglich wurde in zwei Schichten zu vier Stunden vor- und nachmittags zur Schicht geführt.

Unter den ausgewanderten Protestanten waren die aufgewecktesten und intelligentesten Leute. Aus diese Art jungen dem Lande die besten Kräfte verloren. Verdrängt waren die Taler an den Tauern, noch heute ist der Mangel an der Bevölkerung fühlbar.

Arbeiter freiwillig durch längere Arbeitsleistung sich einen Ueberdienst erwerben wollte. Für besonders entlegene Bergbaue, war verfügt, da am Tage des Berganges die ermüdete Mannschaft nicht mehr anfahren konnte.

Die 'wundern' Feiertage, welche das Bauern- oder Landvolk 'bloß aus Gewohnheit' feierte, galten für die Arbeiter nicht. Die Lösung der Knappen erfolgte in Monatsraten.

Die Verfolgungen der Knappen- und Gewerkschaften, welche dem neuen Glauben anhängen. Trotz aller Anstrengungen gelang es nicht mehr, den Bergbau zu heben.

Zwischen 1781 und 1790 wanderten 30 000 Salzburger aus dem Lande. Gastein allein verlor über 700 Bewohner. Das Vermögen, welches auf solche Weise außer Landes kam, betrug über vier Millionen.

Unter den ausgewanderten Protestanten waren die aufgewecktesten und intelligentesten Leute. Aus diese Art jungen dem Lande die besten Kräfte verloren. Verdrängt waren die Taler an den Tauern, noch heute ist der Mangel an der Bevölkerung fühlbar.

Das Heldengrab in Bockstein.

Am Fuße der hohen Tauern befindet sich der kleine Ort Bockstein. Vor einigen Jahren, als man die Tauern durchbohrte und dem Verkehr einen neuen, kürzeren Schienenweg erschuf, war der Ort von hundert hundert Arbeitern bevölkert.

Die Tauernbahn hat nicht nur dem Weltverkehr Vorteile gebracht, auch den spekulativen Goldsuchern gab sie Mut, alles dem Verfall zu weihen neu zu beleben.

In den Werksanlagen. In Bockstein befindet sich die Direction der Gewerkschaft Rathausberg. Wenn man den Fluß des Ganges betritt, erinnert an zehnjährige Holzstöcke, Mahlmehle und Karten an die alten Zeiten des Rönnerbergbaues.

Zu einem Bureau zeigte mir ein Ingenieur eine Reihe von Plänen, Entwürfen, Zeichnungen, Berechnungen, welche für den Bergbau hergestell werden. Eine Kiefernarbeit steckt in den Aufzeichnungen.

Zu einem Bureau zeigte mir ein Ingenieur eine Reihe von Plänen, Entwürfen, Zeichnungen, Berechnungen, welche für den Bergbau hergestell werden. Eine Kiefernarbeit steckt in den Aufzeichnungen.

Sammlungen wird kräftig losgezogen gegen das System, da man gar keine Kontrollen brauche. So pendeln die „Christen“ hin und her wie ein steuerloses Schiff, das jeden Augenblick vor dem Scheitern steht. Im „Vergnügen“ vom 8. November wird die Behauptung Leimpeters, daß im Bochumer Knappschichtverein Leute Krankheitsfälle, anderweitig gearbeitet und dennoch ihr Krankengeld erhoben hätten, als eine Beleidigung der Ruhrbergleute hingestellt, während der „Wahrheits-Klein“ in Vorbed den Kameraden Linke beschuldigte, er habe die Ruhrbergleute dadurch beleidigt, indem er in der Generalversammlung sagte: „Wer wirklich krank ist, braucht die Kontrolle nicht zu fürchten und diejenigen, die sie fürchten, haben sie schließlich nötig.“ Solche Vorklärungen wurden bisher nicht einmal von den Unternehmern vorgebracht, schrieb der „Wahrheits-Bergknappe“. Dabei hat der „Kompas“ schon eine Reihe solcher Fälle veröffentlicht und in der „Gesellschaftsversammlung für die Knappschichtärzte des Allgemeinen Knappschichtvereins zu Bochum“ heißt es auf Seite 39:

... Wir haben wiederholt feststellen können, daß Krankheitsreisen unternommen, Freiheitsstrafen verbüßt und sogar militärische Dienstleistungen gemacht haben in einer Zeit, für die ihnen Erwerbsunfähigkeit statt bescheinigt war und für die sie Krankengeld bezogen hatten.“

Wer derartige Feststellungen macht und die Kasse vor Betrug schützt, beleidigt nach dem „Vergnügen“ und Klein die Bergleute. Streikbrecherlogik!

Nach dieser Widerlegung sollte Heinrich Imbusch das Wort erhalten, wurde jedoch schon mit dem Zuruf:

„Schäm dich, gemeiner Vursche!“

empfangen, mit dem dann ein ordentlicher Proteststurm anhub, der nicht mehr nachließ, bis Imbusch sich wieder hinstellte. Vergebens kreischte er gegen den Sturm an, vergebens versuchte der Versammlungsleiter die empörten Kameraden zu beruhigen. „Schuft“, „Lump“, „Streikführer“ erscholl es aus allen Ecken des Saales, während sich das ganze Publikum bildete, die eine so drohende Haltung annahm, daß Imbusch es für klüger fand, sich hinzusetzen. Als Leimpeters dann im Schlusswort betonte, Imbusch habe 1910 in Freienbruch erklärt, er sei ein L u n p, wenn er den Heinrichsbrief veröffentlicht hätte, ohne den Verfasser zu kennen, und so lange er den Briefschreiber nicht kennt, ist er für uns derjenige, für den er sich selbst bezichtigt hat, ein L u n p, brach ein demontrierender, wahrhaft tathollentagartiger Weisfall los, daß Imbusch mit seinem Stab schleunigst durch eine Hintertür verduftete. Diese Versammlung in seiner Sematshaus dürfte ihm keinesfalls haben, welche Hilfe von Gletsch unter der Kameradschaft gegen ihn angelassen hat und daß eine Arbeitgemeinschaft mit einem Imbusch für alle Zeiten ausgeschlossen ist.

Zu Wattenfeld traten Herr Wegener, in Marxloh der sozialistische Gewerkschaft Johannes Kauerer und Walter Korf der Kameraden Wilhelm entgegen und zwar mit einem „Erfolg“, daß sie schließlich für alle Zeiten geheilt sind und nach einem zweiten nicht mehr verlangen. In Hellinghausen verzapfte der „geistliche“ Buchdruckermeister Wredemann als „jüngster Generalsekretär“ im Streikbrecherverein seine Weisheit über Knappschichtwesen und versuchte, sich die „christliche“ Weltanschauungssphäre zu verdienen im Kampf gegen den Kameraden Gue, der es jedoch ablehnte, mit einem Angehörigen des Streikbrechervereins zu diskutieren.

Die Essener Zentrumsblätter, der „Wahrheits-Bergknappe“ und die „Volkzeitung“, riefen sich deshalb an Gue, den sie der Feindschaft beschuldigen und somit einen „schönen Sieg“ erfochten. Sie sollten sich doch freuen, so billig zu einem „schönen Sieg“ gekommen zu sein und Gue dafür dankbar sein. Aber das stupide Geschimpfe bestätigt uns, daß der „schöne Sieg“ eine direkte Niederlage war und nur die infernalische Wut über die souveräne Verachtung, die Gue den Streikbrechern widerfahren ließ — und das mit Recht! — spricht aus den Schimpfartikeln. Von Gue anzunehmen, er rüde vor einem „christlichen“ Buchdruckermeister aus, hieße ihn wirklich beleidigen, nur darüber hätte man streiten, ob man einen so armseligen Schelm wie Wredemann mit solcher Verachtung strafen mußte und ihm damit die Wegeheit bot zu verkehrten Seiten zu gehen. In der Sache hat Gue durchaus recht, denn jede Diskussion mit diesen Streikbrechern ist nutzlos und führt nur zur Verwirrung der Versammlung. Diese Leute müssen klagen, klagen gegen ihre Ueberzeugung, und überführt man sie, weist ihnen an Hand von Tatsachen unüberlegbar nach, daß sie gelogen haben, weist ihnen nach, daß sie wider besseres Wissen klagen, klagen müssen, weil es ihr Geschick ist, dann greifen sie zum Schwert, wo ein unskändiger Mensch vor Scham in den Boden sinken würde. Ganz richtig charakterisiert Dr. Funk im „Neuen Jahrbuch“ vom 26. Oktober diese Christenheuschrecke, indem er u. a. schreibt:

... Der Erzbischof von München-Freising hat einmal auf einem Katholikentag erklärt, die katholische Presse dürfe nicht klagen — sie liegt aber doch, und liegt nicht bloß, sondern verwehrt und raubt die Ehre des Nebenmenschen und kennt keine sittlichen und religiösen Schranken für ihre vergiftete Polemik... Es sind intellektuell und sittlich minderwertige Kräfte, die in der Zentrumspresse die öffentliche Meinung machen.“

Bei den W.-Ostbader Großklappen ist die sittliche und intellektuelle Minderwertigkeit noch weit größer, deshalb sollte man diese Effective Ausnahme mit Verachtung strafen und nicht mehr mit ihnen diskutieren.

## Die Bergarbeiter. Die Herkule Brüderhebe.

VII.

„Eine Industrie, die von solchen Subjekten geleitet wird, ist ihres Daseins nicht wert. Das ist ein hartes Wort, aber es muß einmal ausgesprochen werden... Unsere Industrie ruht zum größten Teil in Händen von Ignoranten, Strebern und Tyrannen, die nur den Arbeiterstand korrumpieren und ihn mit ins Verderben reißen.“

„Trenonia“ vom 2. März 1887.

Wie traurig muß um jene Zeit und erst recht ein Jahrzehnt vorher die Lage der Bergarbeiter gewesen sein, welche katastrophalen Zustände müssen auf den Werken geherrscht und wie müssen die Zehnpaßchen und Tyrannen gehaust haben, wenn in so hochpatriotisches und kapitaltreues Blatt wie die „Trenonia“ ein solch vernichtendes Urteil über die Leiter der Industrie fallen mußte, und wer die historische Wahrheitsliebe der „Trenonia“ kennt, wer weiß, daß Zentrumsblätter wie Lambert Lenzing keine Heber noch Demagogen sind, wird keinen Augenblick an der Richtigkeit der obigen Schilderung zweifeln. Das Bochumer Zentrumsblatt nannte die Rechenherren „Mutter und Menschenhändler“, das Dortmund sogar „Subjekte und Tyrannen“, und beide Blätter waren keine „sozialdemokratischen Schläpfer“, beide wollten den „Massenkampf“ nicht, sondern sprachen die laute Wahrheit aus, wie es sich für Katholiken vom Schlage Lambert Lenzing ohne weiteres von selbst ergibt.

Wer wollte es da den Knappen verdenken, wenn sie unter solchen Verhältnissen mit Gewalt zur Organisation gedrängt hätten, um durch einheitliches, geschlossenes Vorgehen sich bessere Zustände zu erkämpfen, aber damals wie heute waren es ihrer nur wenige, die für Besserung ihrer Lage und für mehr Menschenrechte Opfer und Mühe bringen wollten. Einer der ersten, der eine Knappenorganisation zu gründen versuchte, war der „alter Lub“, der sich schon 1874, 1875 und 1876 vergebens bemühte, die Genehmigung für ein Statut zur Gründung eines Bergarbeiterverbandes von der Behörde zu erhalten. Im November 1877 erschien ein Aufruf mehrerer Bergleute an die

Kameraden, der auch heute noch seine Berechtigung hätte, weil die schönen Mahnungen zur Einigkeit bis heute von vielen Tausenden noch nicht befolgt sind. Es geht der Aufruf auch zur Vereinigung aller Bergleute! nicht einleitend, weil es Zeit sei, unsere Verpöchtigung und Uneinigkeit fahren zu lassen.“ Die Lohnabzüge und der Druck der letzten Jahre zwänge zur Einigkeit und es dürfe in Zukunft nicht mehr das Wort gelten, daß wenn drei Deutsche beisammen sind, sich mindestens zwei davon streiten, sondern die Bergleute müßten das Wohl ihrer Familien im Auge behalten und danach handeln. In der Zeit des Gründerzwangs und Börsenwunders seien die Löhne aller Kameraden gedrückt worden, um die Dividenden hochzuhalten; nun, wo die Geschäftslage wieder besser sei, die Kohlenpreise stiegen, eine Lohnaufbesserung nicht angeht, müßten die Kameraden zusammenstehen.

„Alles dieses sind Zustände, die uns gebieterisch zurufen, daß wir jetzt allen Hohn und Spott lassen müssen, um gemeinsam einen großen Bund zu schließen und auf friedlichen Wege unsere Lage zu verbessern. Sind jemals die Werksbesitzer, welche doch gerade mit ihrem Aktienkapital das Fett von der Suppe schöpfen, darüber meins geworden, daß sie Christen oder Juden, Liberalen oder Reaktionäre, Freimaurer oder Schlingensiefel waren? Nein, wohl, wir verfolgen einen bürgerlich gerechten Zweck, durch Einigkeit wollen wir erzielen, daß das Knappschichtwesen rechtlich geregelt werde, daß eine ehrenhafte, gerechte Behandlung aller Kameraden stattfinde, und daß, wenn die Kohlenpreise wieder steigen — das geschieht jetzt — die heruntergedrückten Löhne entsprechend gesteigert werden. Damit verfolgen wir nicht nur unserer Familien erteltes Interesse, sondern auch ein sittliches Ziel...“

Dieser Aufruf erschien in der Essener Zentrumspresse, die auf „christlich-sozialen“ Boden kämpfte, die damals die „Belebung aller kapitalistischen Privilegien“ forderte, und den „Meistern in der höheren Ventilschneiderei“ eine „seidene Schnur“, aber „aus Sans gedreht“ um den Hals gelegt wünschte, d. h. diese „Christlich-Sozialen“ forderten nichts mehr und nichts weniger, als daß alle „die Meister der höheren Ventilschneiderei“ aufgehängt würden! Diese „Christlich-Sozialen“ Zentrumsblätter stimmten in ihren radikalen Forderungen mit dem damals so viel geschmähten Anarchisten Hannes Wost überein, der in einer Flugchrift aufforderte, alle „Parasiten“ aufzureißen und an die Laternenpfähle aufzuhängen! Dabei gingen allerdings die Begriffe über die „höhere Ventilschneiderei“ bei den Zentrumschriften und den „Parasiten“ bei Wost weit auseinander. Die Zentrumschriften haben nie gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gekämpft, haben diese Ausbeutung sogar stets dort verteidigt, wo Zentrumskapitalisten oder Zentrumsinstitutionen als Ausbeuter in Frage kamen, sondern ihr Kampfrichtete sich nur gegen das „liberale gottlose Kapital“, während Wost für Umgestaltung der Gesellschaftsordnung stritt und die Ansicht vertrat, daß es für die Menschheit erst dann besser werde, wenn der letzte Pfaff an den Gehäusen des letzten Advokaten baumelte! Zwischen den von den „christlich-sozialen“ Zentrumsblättern bekämpften „höheren Ventilschneidern“ und den Wostschen „Parasiten“ war ein großer Unterschied, wenn auch die Kampfform so ziemlich die gleiche war, nur war der Anarchist der Erschicker. Den so schönen Wattenfeld „christlich-sozialen“ Aufruf zur Einigkeit aller Bergarbeiter folgten schon in der ersten Versammlung am 18. November 1877 auch die Gründung einer Knappenorganisation ebenso häßliche Taten, wie wir sie von jener Zeit an bis zum Streikbruch 1912 fortgesetzt erleben mußten und weiter erleben werden. Dort traten Kameraden der verschiedensten Parteien für die Gründung eines politisch und religiös neutralen Bergarbeiterverbandes ein, ganz besonders die bekannten Sozialdemokraten und der Zentrumsmann Rosenkranz, aber die Zentrumsführer wollten von einer neutralen Organisation nichts wissen, und als die Bergleute sie dennoch beschloffen, eröffnete die Zentrumspresse den häßlichen Bruderkrieg und zwar mit den niederträchtigsten Mitteln. Gegen den neutralen Rosenkranzverband zog die „Essener Volkszeitung“ sofort folgende Register auf:

... Und nun erinnert euch, ihr christlichen Arbeiter, an das Wort des Heilandes: Was nützt es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewinnt und nähme doch Schaden an seiner Seele! Sobald ihr Sozialdemokrat werden, leidet eure Seele ungewissheitsschaden; ihr stürzt euch in die allergrößte Gefahr, auf ewig verloren zu gehen, auf ewig eure und vielleicht auch eurer Weiber und Kinder Seeligkeit einzubüßen, ohne daß ihr auch nur die geringste feste Hoffnung habt, hier auf Erden durch die Sozialdemokratie glücklich zu werden.“

Wo Zentrumskapitalisten und schwarze Zentrumsjuden Geschäfte machen und Gelder aufhäufen können, haben sie nie nach den Worten des Heilandes gefragt, sich um ihr eigenes „Seelenheil“ garnicht gekümmert, um so mehr liegt ihnen dafür das „Seelenheil“ der armen Bergslaven am Herzen, wenn diese sich einheitlich organisieren wollen, um ihre elende Lebenslage zu verbessern. Dann treten die Zentrumsredakteure und Agitatoren als die Bevollmächtigten des Himmels auf, die allein über die künftige Seeligkeit der Menschen zu bestimmen haben. Mit einer beispiellosen Frechheit treten sie auch heute noch auf, verdammten alles, was nicht zu ihnen hält und werfen die Sozialdemokraten millionenweise in die Hölle, als hätten sie den irdischen Vertrag mit dem Himmel in der Tasche. Gemeine Schwindler, weiter nichts, nur fallen die Bergarbeiter zu leicht auf solchen Schwindel herein. Unionist, versuchten die christlichen Kameraden, allen parteipolitischen und konfessionellen Fäden aus der jungen Organisation fernzuhalten, Unionist erklärte Moiekrantz: „Unser Werk ist ein reines Bergmanns-werk, wenn es zu einem parteipolitischen würde, dann würde die Schuld gerade den Christlich-Sozialen zur Last fallen“, und Unionist warnte der Sozialdemokrat Gasselman vor jeder Verpöchtigung, weil sonst die ganze Bewegung ein tot geborenes Kind wäre. Die Zentrumsführer schürten den Bruderkrieg, demunzierten den jungen Verband als eine sozialdemokratische Organisation, drohten mit einer Sezessionsgründung, die Imbusch sogar verteidigt, weil Wost 1878 im „Bierfelder“ zu Berlin seine „Parteirede“ gegen Stöcker hielt. Darum also mußten 1877 die Zentrumsführer gegen die Einigkeit der Bergarbeiter auftreten, weil Stöcker 1878, Wost zu der scharfen Aeußerung reizte: „Waff, mach Deine Rechnung mit dem Himmel, Deine Zeit ist abgelaufen!“ Von den Vorgängen im „Bierfelder“ zu Berlin hat damals im Ruhrrevier kaum ein Bergmann etwas erfahren, sie bedeuten auch nichts, als ein Redduell zwischen Wost und Stöcker, bei dem letzterer unglücklich abschloß. Dieser erste Verband westfälischer Bergarbeiter verfiel nach dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes (21. Oktober 1878), der Auflösung, worauf dann die vom Zentrum schon beschlossene Gezeuggründung unterließ.

Dem in den 80er Jahren von Fusaugel gegründeten Rechtschutzverein fehlten die evangelischen Elemente eine heftige Gegenagitation entgegen und verhielten sich ebenfalls die Einigkeit. Immer dasselbe Schicksal. Nun wurde wieder vor der ultramontanen Gefahr, vor deren Klaffenherberlein- und staatsgefährlichen Bestrebungen gewarnt. Von evangelischer Seite wurde nun derselbe Faden gegen die „Ultramontanen“ genommen wie 1877 und 1878 die Zentrumskapitalisten im gegen-

den „sozialdemokratischen“ Verband gesponnen hatten, und mit Recht sagt Gue:

„Es ist eben das Unglück der Bergarbeiterbewegungen, daß sie vor lauter Konfessionen, Kirchenpolitiken und parteipolitischen Weizeln nicht zur Einheitlichkeit kommen konnten, daß nach allem jeder Organisationsgründung über kurz oder lang irgend eine Organisationsgründung erstehen sah.“

## Unglücksfahrt von neun deutschen Bergarbeitern auf der „Vulturno“

Trotz der unzähligen und immer wiederholten Warnungen in unserem Verbandsorgan, doch den Vorlesungen der kapitalistischen Agenten nicht zu folgen, sondern in ihrer Heimat mitzukämpfen, dem Bergarbeiterstand ein angemessenes Dasein zu verschaffen, finden sich immer wieder Kameraden, die sich beschwären lassen und ins Unglück rennen. Dabei handelt es sich bei unseren Warnungen nicht um solche Agenten, die die Kameraden ins Ausland anwerben wollen, sondern um alle Agenten, weil der Kapitalismus keine Arbeiter heranzüchtet um der Arbeiter willen, sondern um an ihnen zu verdienen. Die Ruhrgrubenbesitzer schicken ihre Agenten nach dem Osten, um von dort billiges Betriebsmaterial an Arbeitskräften herbeizuschleppen, die sie gründlich ausbeuten und gleichzeitig als Lohnbrücker ausspielen können. Ausländische Kapitalisten schicken Bergarbeitern nach Deutschland, um Ausbeutungsobjekte für den Bergbau nach Kanada, Nordfrankreich, Brasilien usw. anzuwerben, und trotzdem bisher noch alle Kameraden, die den Lockungen folgten, hereingefallen sind und einer nach dem andern über seine bitteren Enttäuschungen berichtet hat, lassen sich immer wieder neue anwerben und rennen ins Unglück. In voriger Nummer hat das frühere Verbandsmitglied J. W. seine Enttäuschungen geschildert, während wir heute über die Todesfahrt von sieben Verbandskameraden berichten müssen. Sechs Mitglieder unserer Zahlstelle Gladbeck, die Kameraden Hermann, Faustner, drei Gebrüder Stolpman und Tesche, dann aus Wael die Kameraden Barcarie, Visk und Wotzil haben sich für Kanada anwerben lassen und sind mit dem englischen Dampfer „Vulturno“ in See gegangen und bei dem Brand der „Vulturno“ wahrscheinlich alle umgekommen, bis auf Hermann, der von einem englischen Frachtdampfer aus den Wellen aufgefischt, nach Liverpool gebracht wurde und von dort die Heimreise angetreten hat, während Vafarie in Amerika gelandet ist. Kamerad Hermann schildert seine Erlebnisse auf der Unglücksfahrt im Bochumer „Volkblatt“ vom 1. November wie folgt:

„Unser Angehöriger hatten uns bis Oberhausen begleitet. Als ich Abschied von meinem dreijährigen Sohne nahm, schrieb das Kind auf, daß alle Anwesenden auf dem Perron darauf aufmerksam wurden. Dieser Aufschrei lang mir wie eine böse Ahnung in den Ohren. Am Mittag des 2. Oktober fuhren wir von Rotterdam ab und sahen abends schon die englische Küste. Das Wetter war zuerst schön, am dritten Tage wurde die See stürmisch, so daß schon viele seefrank wurden. Vach und Bänke wurden hin und her geschleudert. Als ich am 9. Oktober, morgens gegen 7 Uhr, zum Frühstück gehen wollte, bemerkte ich etwas Rauch aus dem Gepäckraum aufsteigen. Es wurde auch sofort mit dem Räucher begonnen. Sobald der Rauch bekannt wurde, stürzte alles in wilder Hast an Deck. Eine solche Panik und Kopflosigkeit ist unbeschreiblich. Man verlangte allenthalben, durch die Rettungsboote ausgehört zu werden. Ruhe war bereit nicht in die aufgeregte Masse zu bringen, obwohl mitgeführt wurde, daß gegen 11 Uhr die durch Funkpruch herbeigerufenen Schiffe ankommen würden. Als dennoch die Rettungsboote heruntergelassen wurden und ich sah, wie ein nach dem andern umkippte oder an der Schiffswand zerbrach, die Anfasseln von den Wellen unter gellendem Todesschrei hinweggetragen wurden, blieb ich an Deck. Ich sah, wie meine fünf Kameraden in ein Boot stürzten, wie sie winkten und riefen, mit Platz zu nehmen, und wie das Boot dann an der Schiffswand zerbrach. Mein Kamerad Tesche war der letzte, der das Boot bestieg, ich blieb im letzten Augenblick zurück.“

Obgleich das Feuer weiter brante, sah man nur Rauch. Zeitweilig schien es, als wenn doch noch ein Räucher möglich sei, denn der Rauch ließ nach. Dreimal hatte ich den Rettungsgürtel um. Der Proviantsteward sagte zu mir: „Bereuen Sie doch das dumme Ding weg, das Feuer ist aus!“ Gegen Abend wurde der Rauch stärker, man sah die Flammen lichterloh aus dem Gepäckraum schlagen.

Morgens gegen 11 Uhr war schon das erste mittels Funkenbruch herbeigerufene Schiff angekommen. Es war die „Garmania“. Diese fuhr um uns herum, konnte aber keine Hilfe bringen, weil die See zu hoch ging. Gegen 3 Uhr nachmittags kamen noch zwei andere Schiffe an. Abends gegen 10 Uhr traf das vierte Schiff ein, es war der „Dobsonian“. Erst als sich in der Nacht der Sturm etwas legte, die See ruhiger wurde, gelang es auch, Boote stolt zu machen. Das Schiff letzte Boote aus. Als ich ein Boot in der Nähe sah, sprang ich mit dem Rettungsgürtel ins Meer, landete unter und sah dann nichts mehr von dem Boot, obwohl die Scheinwerfer in Tätigkeit waren. Ich arbeitete mich nun, obwohl ich nicht schwimmen konnte, aber doch von dem Rettungsgürtel über Wasser gehalten wurde, an die andere Seite der „Vulturno“, wo ich Rettungsboote angutreffen hoffte. Nachdem ich ungefähr eine halbe Stunde im Wasser zugebracht hatte, sah ich ein Schiff auf etwa 200 Schritt herankommen. Als ich in seine Nähe gekommen war, warf man mir ein Tau zu, das ich ergrieff. Kaum hatte ich aber zugefaßt, da wurde ich von einer Welle mit fortgerissen. Zweimal ging das so. Dann warf man mir eine Strickleiter zu, aber dennoch konnte ich mich nicht halten, weil meine Hände eiskalt und schlaff waren. Nun ließ sich ein Matrose hinab, der mir ein Tau um die Beine warf. Nun wurden wir beide hochgezogen, aber zum Unglück verwickelte sich das Tau beim Aufziehen, so daß ich nochmals ins Meer stürzte, sogar beinahe unter das Schiff geriet. Der wadere Matrose fischte mich nochmals auf, legte nun das Tau so um meinen Nacken, daß ich an Deck gezogen werden konnte. Hier wurden mir die nassen Kleider vom Leib gezogen, ich wurde in warme Decken gehüllt, bekam Wärmeflaschen an die Seiten gelegt und man gab mir Whisky zu trinken. Der Matrose ging nicht von meiner Seite, bis ich vollat war. Ich wünschte mir Ruhe und schlief bis zum andern Morgen.“

Wir befanden uns schon auf der Reise nach Liverpool. Man schenkte uns Kleider — es waren 56 Gerettete an Bord — und gab uns gutes Essen. Am 14. Oktober landeten wir in Liverpool. Hier wurden wir per Omnibus zum Hotel gebracht, wo uns eine gute Verpflegung geboten wurde. Hier blieben wir von Dienstag, den 14., bis Samstag, den 18. Oktober. Alle übrigen fuhren nach Amerika, ich und fünf Kinder einer Familie, im Alter von 1 bis 12 Jahren, deren Eltern vernutzt waren, fuhren nach Rotterdam. Hier erhielt ich einen Anzug und 15 Gulden und trat die Fahrt nach der Heimat an, wo ich von Frau und Kind sehnsüchtig erwartet wurde.“

Die Schilderung des Kameraden Hermann über den Brand auf der „Vulturno“ stimmt mit demjenigen anderer Geretteten überein. Sie zeigt aber auch, daß keine Mitkameraden aus Angst und Unkenntnis der Dinge allzu eilig in die Rettungsboote gestürzt sind und so ihren Tod in den Wellen gefunden haben. Nur ist es aber nicht die Gefahr der Meeresfahrt, weshalb wir vor der Auswanderung, speziell nach Kanada, warnen, sondern wegen der miserablen Verhältnisse, in die unsere Kameraden dort kommen. Und wie fände es den Kameraden doch wohl, in die

ungewisse Zukunft zu fahren, das hat unser ehemaliger Vertrauensmann ...

Liebe Frau und Kinder!

Teile auch mit, daß wir in Rotterdam glücklich angekommen sind. Augenblicklich liegen wir in dem Markteram, ...

Kirche und „christl.“ Gewerkschaften in Deutschland.

III.

Die Wendung der „christlichen“ Gewerkschaften zum Klassenkampf und ihre Annäherung an die sozialistische Arbeiterbewegung wurde nicht nur vom Zentrum, sondern viel mehr von der Kirche ...

Diese überkirchlichen Kreise wußten die Aufmerksamkeit der deutschen Bischöfe auf das Gefährliche der neuen Bewegung hinzuweisen und die geistlichen Oberhirten ...

Man berichtet also die Bemühungen der „christlichen“ Gewerkschaften, die Angriffe und Anklagen ihrer streng katholischen Brüder bei Papst und Bischöfen abzuwehren. ...

Mitglieder dieser Bewegungen waren gute Katholiken, die dem Papste Gehorsam in allen Sachen des Glaubens versprochen, die nur eine gewisse Selbständigkeit in ihren wirtschaftlichen und sozialen Bestrebungen beanspruchten. ...

Die Gewerkschaften der katholischen Arbeiterbewegung, die ihre Tätigkeit in diesem Zusammenhang mit der Kirche verbindet, als für die katholischen Arbeiter geeignete Organisation aus. ...

Grundsätzlich vom Papst verurteilt, auf Widerruf gebuldet, im übrigen völlig dem Bismarck der Bischöfe und der Geistlichkeit ausgeliefert — das ist nach allerhöchster kirchlicher Entscheidung die gegenwärtige Lage der „christlichen“ Gewerkschaften. ...

Rebellion in der Polnischen Berufsvereinigung.

Die oberkirchliche Rapieralskipresse brachte am 28. Oktober d. J. unter der Überschrift: „Gefährliche Streunungen“ an erster Stelle einen längeren Artikel, in dem gesagt wird, daß sich in der Polnischen Berufsvereinigung Leute befinden, die darauf abzielen, diese Organisation zu sprengen. ...

Schwer ist es zu erahnen, ob sich der Plan dieser neuen Organisation in den Köpfen der nach außen hin auftretenden Intellektuellen entwickelt hat oder ob andere, dem Arbeiter feindselig gesinnte Leute dahinter stehen. ...

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Führer der P. B. V. diese gefährliche Strömung in keine Existenz und die Organisation von den gefährlichen Einzelpersonen reinigen. ...

Wir haben den wesentlichen Inhalt des Artikels wörtlich zitiert, weil er in mehrfacher Hinsicht interessant ist. Zunächst spricht man von „unbekannten Leuten“, die bereits eine deutsch-polnische Berufsvereinigung gegründet hätten. ...

Das wichtigste des Artikels aber ist die Anerkennung, daß die Arbeiter zur Erlangung eines besseren Daseins eine mächtige Organisation notwendig haben, welche alle Arbeiter des deutschen Reiches umfassen muß. ...

Vollwirtschaftliche Rundschau.

Oberbergat und Staatsanwalt als Steuerhinterzieher.

Der kürzlich verstorbene Oberbergat Wachler, der einstmals ein sehr scharfer Staatsanwalt war und sich namentlich in politischen Prozessen hervortat, während er später als Oberbergat ...

Herr Wachler war zuletzt Generaldirektor der Unternehmungen des Fürsten Hensel zu Sommermark, er war auch lange Jahre stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Dresdner Bank und wurde vom König aus besonderem Vertrauen ins Herrenhaus berufen. ...

Teuere Zeiten.

Die Fleischenguelokommission hat ihre Arbeiten beendet. Was bei ihren Untersuchungen, die sich über den Zeitraum eines ganzen Jahres hingezogen haben, herausgefunden ist, soll demnächst amtlich veröffentlicht werden. ...

Table with 4 columns: Month, 1911, 1912, 1913. Rows include January, February, March, April, May, June, July, August, September.

Die in den letzten beiden Monaten eingetretene Senkung um je 0,05 Mark erklärt sich hauptsächlich aus dem Rückgang der Kartoffelpreise. Die Preise für Fleisch, Brot, Hülsenfrüchte usw. haben sich größtenteils auf ihrem bisherigen Niveau gehalten. ...

Die in den letzten beiden Monaten eingetretene Senkung um je 0,05 Mark erklärt sich hauptsächlich aus dem Rückgang der Kartoffelpreise. Die Preise für Fleisch, Brot, Hülsenfrüchte usw. haben sich größtenteils auf ihrem bisherigen Niveau gehalten. ...

Die Beteruerung der Lebensmittelpreise.

ist eine nicht zu leugnende Tatsache. Ob sich damit allerdings eine Erhöhung der Zinssätze derer, die ihre Löhne von Gottes Gnade ausüben, motivieren läßt und ob es billigerweise notwendig ist, daß die Bezüge der Bankdirektoren und Industriekapitäne noch gesteigert werden, sei dahingestellt. ...

Table with 4 columns: Item, 1912, 1913, 1914. Rows include Rindfleisch, Kalbfleisch, Schweinefleisch, etc.

Sogar am Brillantenmarkt macht sich die teure Lage der Lebensmittelpreise bemerkbar. „Er“ ruft nicht mehr die teuersten Edelsteine für „sie“ aus; die Einfuhr von Edelsteinen (roh) ging von 5,92 auf 5,03 Mill. Mark zurück. ...

Neues vom Taylorismus.

Die wissenschaftliche Betriebslehre oder, wie es allgemein heißt, das Taylor-System, kreibt immer tollere Blüten. Sogar der Kinematograph findet zur Beobachtung und Verbesserung der Arbeitstätigkeit der Arbeiter Verwendung. ...

schlafentzogen, das heißt den Arbeiter, dessen Arbeitstechnik nachkontrolliert und zu Verbesserungsarbeiten verwendet werden soll, einen Ring mit einer elektrischen Leuchtvorrichtung, die in beliebiger kurzer Zeit automatisch aufleuchtet, an einen oder mehrere Finger der Hand stecken. Der Arbeiter arbeitet vor einem geöffneten photographischen Apparat, auf dessen Platte die Lichtblitze eine punktierte Linie darstellen. Die zu jeder einzelnen Bewegung gebrauchte Zeit läßt sich dann an der Zahl der Punkte genau ablesen. Bei einer stereoskopischen Aufnahme soll der Erfolg noch besser sein.

Der mit Hilfe aller solchen Mittel einige Monate hindurch geprüfte Arbeiter leistet natürlich mehr und man zahlt ihm zunächst auch einen hohen Lohn. Das verführt leider viele Arbeiter dazu, sich für die Zwecke dieser Methoden ausnützen zu lassen. Wie groß die dadurch erschießende Ausbeutung ist, geht auch aus einem Berichte des Generalinspektors, des technischen Leiters des staatlichen Arsenals, hervor, worin er den Kriegsminister ersucht, alle Anträge auf Abschaffung des dort eingeführten Taylor-Systems zurück abzulehnen. Er behauptet, daß die Arbeiter infolge dieser Methoden jetzt 20 bis 25 Prozent mehr Lohn in Form von Prämien wie früher erhalten, während zugleich der Gewinn des Staates aus der Arbeit der Beschäftigten um 60 Prozent zugenommen hat. Aber auch er macht keine Angaben darüber, wie lange denn ein Arbeiter unter solchen Methoden arbeitsfähig bleibt.

### Zur Reform der Berginspektion.

„Das preussische Gesetz ist besser als das englische!“

Diese großen Worte sprach der Zentrumsabgeordnete und „christliche“ Gewervereinssekretär Zmibusch am 1. März 1913 im preussischen Landtag zur Verteidigung des „Sicherheitsmännnergesetzes“, auch ein „großer Erfolg“ der „glorreichen“ Zentrumssozialpolitik, gelassen aus. Zmibusch sprach weiter: „Dies stelle ich (1) ausdrücklich gegenüber den Vorwürfen der sozialdemokratischen Seite fest.“ Er höchstselbst „stellte dies fest“.

Zieht liegen die Unfallziffern aus dem preussischen und dem englischen Bergbau pro 1912 vor. Wir können nun kontrollieren, wie das „bessere preussische Gesetz“ gewirkt hat und wie sehr die englischen Bergleute bevorzugt sind, um das „bessere Sicherheitsmännnergesetz“ zu beschreiben.

Betrachten wir uns die Entwicklung der Unfallziffern während eines längeren Zeitraumes. Es verunglückten nämlich von den Steinkohlenbergleuten in England (pro 1000 Beschäftigte):

1878/82	2,24	1900	1,48
1888/92	1,81	1910	1,60
1898/1902	1,30	1911	1,19
1908/1912	1,38	1912	1,17

Für Preußen können wir die Zahlen für einen noch längeren Zeitraum zurückverfolgen. Es verunglückten nämlich von den Steinkohlenbergleuten in Preußen (pro 1000 Beschäftigte):

1861/66	2,056	1906/1910	2,219
1867/80	2,989	1909	2,042
1881/90	2,084	1910	1,075
1891/1900	2,474	1911	2,005
1901/1905	1,075	1912	2,537

Im Herbst 1910 traten die ersten Sicherheitsmänner ihr Amt an. Nun konnte sich das „bessere Gesetz“ auswirken. Was sehen wir? Während in England von 1910 an die ohnehin im Vergleich zur preussischen bedeutend niedrigere Unfallziffer noch fiel, nahmen in Preußen während der Geltung des „besseren Gesetzes“ die tödlichen Verunglückungen der Bergleute enorm zu!!!

Woran das liegt, warum die Sicherheitsmänner einfach nicht die Macht haben, das Steigen des Blutstromes zu verhindern, haben wir während der Beratung des „besseren Gesetzes“ und später wiederholt ausführlich dargelegt. Wie man es ohne Mühe fertig bringt, energische Sicherheitsmänner fast zu stellen, das hat der „Saar-Bismarck“, Geheimrat Hilger, seinen Kollegen in der Geheimkonferenz im Berliner Palasthotel plausibel gemacht. Die Werkdirigenten haben sich das wohlgeuerkt und die Sicherheitsmänner bekommen es zu spüren. Nicht wegen, sondern trotz der Sicherheitsmänner, die das „bessere Gesetz“ nicht schützt vor kapitalistischen Schikanen und Drangsalierungen, steigt bei uns die Zahl der Todesopfer im Bergbau!

Stellen wir die einschlägigen Ziffern der besseren Veranschaulichung halber direkt nebeneinander. Es verunglückten von 1000 Steinkohlenbergleuten nämlich in

	England	Preußen
1910	1,60	1,975
1911	1,19	2,005
1912	1,17	2,537

Was werden die englischen Bergleute ihre preussischen Kameraden um das „bessere Gesetz“ beneiden! Alle die jetzt von den drangsalirten Sicherheitsmännern, auch in der „christlichen“ Konferenz in Gelsenkirchen am 12. Oktober d. J. vorgebrachten Klagen sind von uns bei der Beratung des „besseren Gesetzes“ vorausgesetzt worden. Kein Kunststück, denn jeder Kenner der Verhältnisse mußte, daß das „bessere Gesetz“ eine Täuschung der Öffentlichkeit, praktisch einen Schlag ins Wasser bedeutet! In Hunderten von Bergarbeiterversammlungen, namentlich auf dem vor Verabschiedung des „besseren Gesetzes“ abgehaltenen Bergarbeiterkongress, ist das, was heute auch ziffernmäßig bewiesen werden kann, vorausgesetzt worden.

Auch die Zmibusch und Genossen kannten und kennen die Verhältnisse, um die es sich hier handelt! Trotzdem haben sie für das „bessere Gesetz“ agitiert, haben für es gestimmt und rühmen es noch — wenn die Minister und ihre Gehilfen dabei sind.

Am 1. März 1913 räumte Zmibusch im Landtag das Gesetz als „das Beste“, er „erkannte an“, daß „im großen und ganzen unsere Bergverwaltungen den Anregungen der Sicherheitsmänner folgen.“ Da sprach Zmibusch vor dem Minister, da war er voll Anerkennung. Am 12. Oktober 1913 hielt derselbe Zmibusch in Gelsenkirchen eine Rede, worin er die „fast völlige Nichtbeachtung der Sicherheitsmänner in den Berichten der Berginspektoren“ hervorhob und daraus schloß, daß sich die Bergverwaltungen „vielfach nicht um die Tätigkeit der Sicherheitsmänner kümmern.“ Hier sprach Zmibusch vor Arbeitern, da war er voll Radikalismus.

Dieses unverantwortliche Treiben, dieses Doppelspiel der „christlich-nationalen“ Arbeiterführer müssen die Arbeiter ausbaden. Wenn es gilt, brauchbare Gesetze für die Arbeiterinteressen zu schaffen, dann arbeiten die Zmibusche den kapitalistischen Interessenten zuliebe mit an der Verhinderung der Arbeitergesetzgebung. Bekommen dann die Arbeiter diese schlechte Gesetzgebung zu spüren, dann reizen die Zmibusche in Arbeiterversammlungen den Mund spezzanzehört auf, trumpfen sehr „radikal“ auf.

So ist es den Bergarbeitern ergangen mit dem „besseren“ Sicherheitsmännnergesetz 1909, so mit dem Knappschaftsgesetz 1906; so mit der Reichsversicherungsordnung 1911. Für alle diese Gesetze haben die „christlich-nationalen“ Arbeiterführer zur Freude der Werkkapitalisten mitgestimmt, und nun sich die schweren Fehler und Mängel dieser Gesetzgebung nicht mehr vertuschen lassen, da werden die Organisatoren des Streikbundes höflich rabiat — über die „toten Schöpflinge des Goldpanzerns“.

Wie lange werden sich die betrogenen Bergleute dieses unverantwortlichen Treibens der Zmibusche noch bieten lassen?

### Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

#### Elerner Terror und gesellschaftliche Achtung

wird den vom 1. Januar 1914 ab in Breslau amtierenden Ärzten angekündigt, die, ohne die Forderungen des Leipziger Verbandes erfüllt zu haben, mit den Krankenkassen Frieden schließen. In der „Schlesischen Zeitung“, die sich zum Sprachrohr der Ärzte gemacht hat, heißt es nämlich in einem Aufsatz, der die neuen Ärzte diskreditieren soll:

„Es kommt aber weiter hinzu, daß sie selbstverständlich von den einheimischen Ärzten außerhalb allen kollegialen Verkehrs werden gestellt werden; daß dieser Abbruch der Standsbeziehungen nicht

allein von den praktischen Ärzten, sondern auch von den Leitern und Ärgsten der königlichen Kliniken, der städtischen und anderen Anstalten, der Polikliniken usw. ausgesprochen und daß auch die Teilnahme an wissenschaftlichen Sitzungen, klinischen Veranstaltungen u. a. ihnen verweigert werden wird. Daraus folgt, daß auch gemeinsame Beratungen ihrer Kranken unter Ausziehung unserer ärztlichen Autoritäten ihnen nicht bewilligt werden dürfen und sie demnach in der Ausübung ihres ärztlichen Berufes zum Nachteil ihrer Patienten in mannigfacher Weise beschränkt sind.“

Wie weit jerner die von ihnen überwiegenen Kranken in einer Anzahl von Krankenhäusern entweder überhaupt nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen Aufnahme finden werden, läßt sich zurzeit noch nicht beurteilen.“

Es wird also der rücksichtslose Terror angekündigt, nicht nur gegen die Ärzte, sondern auch gegen die von ihnen behandelten kranken und unheilbaren Kranken. Angekündigt in dem freisinnigsten Schlaraffenland, welches das ganze Jahr hindurch wie befehlen nach Schluß der Arbeitstagen und Beirathung des Terrors schreit. Daß sich Krankenhäuser und königliche Kliniken in den Dienst dieses Terrors stellen, wird hier für ganz selbstverständlich und berechtigt gehalten, sozusagen als Billig der staatlichen und häßlichen Verbände betrachtet!

### Die Entwicklung und die Erfolge des deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Es war eine gute Idee des Vorstandes des Holzarbeiterverbandes, einmal die gesamte Tätigkeit und die Summe des bisher durch diese Organisation Erreichten in gedrängter Kürze zusammenzufassen. (Die Verordnungen und die Erfolge des deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin 1913.) Diese Arbeit hat weit über die Kreise der Mitglieder des Verbandes hinaus Interesse, zeigt sie doch weit deutlicher als die sich immer nur über einen kurzen Zeitraum erstreckenden Jahresberichte der Organisationen, welche ungeheure, in ausschlaggebender Rolle die Gewerkschaft für die Gestaltung der gesamten Arbeitsverhältnisse eines Gewerbes spielt, welche gar nicht hoch genug einzuschätzende Vorteile sie ihren Mitgliedern und weit darüber hinaus der gesamten Arbeiterschaft der betreffenden Industrie gewährt.

Aus der Geschichte des Verbandes, die die Zusammenstellung einleitet, entnehmen wir, daß die erste Gewerkschaft der Holzarbeiter im Jahre 1868 auf dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongress zu Berlin gegründet wurde. Sie war als umfassende Organisation für alle Zweige der Holzindustrie gedacht, konnte es aber nur auf den Höchststand von 3400 Mitgliedern im Jahre 1875 bringen und löste sich im folgenden Jahre wieder auf. Es folgten noch eine Reihe weiterer Gründungen, teils allgemeiner Art, teils spezielleren Charakters, die gleichfalls zum Teil wieder verschwand. Aus dem Neberlebenden ging im Jahre 1893 der Deutsche Holzarbeiterverband hervor, an den sich im Laufe der Jahre noch eine Reihe verschiedener Spezialorganisationen der Holzbranche angeschlossen. Der Verband vermehrte dabei die Zahl seiner Mitglieder von 356 im Jahre 1893 auf 877 im Jahre 1912 und die seiner Mitglieder von 2174 auf 100.810.

Die Darstellung der Tätigkeit und der Erfolge des Holzarbeiterverbandes erstreckt sich naturgemäß nur auf diese letzten 20 Jahre, also nicht auf die gesamte Dauer des Bestehens gewerkschaftlicher Organisationen im Holzgewerbe. Immerhin ist die Spanne lang genug, um ein Bild von der Bedeutung der Organisation zu vermitteln. Das wichtigste Kampfmittel des Arbeiters, die ultima ratio, ist die Verweigerung seiner Arbeitskraft, der Streik. Daneben haben allerdings auch die Bewegungen einen immer größeren Umfang und wachsende Bedeutung gewonnen, die sich ohne Arbeitsniederlegung, auf friedlichem Wege, vollziehen. Aber auch bei ihnen ist es ja immer die im Hintergrunde für den Unternehmer lauende Gefahr der Arbeitsniederlegung, die ihn zum Nachgeben gegenüber seinen Arbeitern bereitwillig macht. Andererseits ist es auch interessant, zu beobachten, wie mit der wachsenden Organisationsstärke der Unternehmer auch ihr Mut zu Ausproberungen wächst. Es fanden in den fünfjährigen Perioden statt:

Bewegungen ohne Arbeitsniederlegung	Streiks		Daneben bei	
	Fälle	Personen	Fälle	Personen
1898—1907	85	2174	218	80.088
1908—1909	245	17.072	541	40.044
1904—1907	2281	146.403	1921	110.285
1908—1912	2200	189.244	1866	98.157
zusammen	4.770	355.466	4.540	298.010

### Aus der Genossenschaftsbewegung.

#### Die Volksfürsorge auf dem Vormarsche.

Die Volksfürsorge teilt uns mit, daß im Hauptbureau bis jetzt über 42.000 Versicherungsanträge eingegangen sind. Am 21. Oktober erreichte die Zahl der täglich eingehenden Anträge die Höchstziffer 1120. Diese Ziffer beweist, daß bezüglich des Mengenwachses die Volksfürsorge bald den größten Gesellschaften gleichgestellt sein wird, und das trotz aller gegen sie betriebenen geschäftlichen Agitation.

Für die Freunde der Volksfürsorge im Lande dürfte diese Mitteilung ein neuer Ansporn sein, mit verdoppeltem Eifer ans Werk zu gehen, damit sie in kürzester Frist allen Versicherungsgesellschaften voran an erster Stelle marschieren.

#### Unlauterer Wettbewerb der „Friedrich Wilhelm“

Ihre gewohnten unlauteren Konkurrenzpraktiken gegen die ihr offenbar sehr unangenehme Volksfürsorge setzt die seit so lange „Friedrich Wilhelm“ in ihrer offiziellen Monatschrift für ihre Vertreter munter fort.

Die Redaktion der Monatschrift knüpft in ihrer Septembernummer an angeblich in sozialdemokratischen Blättern erhobene Vorwürfe gegen den Tarif I der Arbeiterversicherung der Friedrich Wilhelm“ an, in welchen behauptet worden sein soll, die Eingehungen der Versicherer der „Friedrich Wilhelm“, sofern diese ein hohes Alter erreichten, übersteigen die auszugebenden Versicherungssummen. Zunächst bestätigt die Redaktion diese Behauptung in ihrem vollen Umfang, indem sie schreibt:

„Versicherungstechnisch ist das auch gar nicht anders möglich. Es war bisher immer so, daß die eintretenden Todesfälle zum Teil von den Brämen der Lebenden gedeckt wurden und daß infolgedessen derjenige, der das Glück hatte, ein hohes Alter zu erreichen, die Summen der vielen, die ihm im Tode vorausgingen, mitbezahlen und so mehr an Prämien aufwenden mußte, als seine eigene Versicherungssumme betrug.“

Auf diesem Umweg kommt dann die Monatschrift zu ihrer Abtötung der Volksfürsorge, dieser unangenehmen Konkurrenz, eine auszuweisen. Es wird behauptet, bei der Volksfürsorge sei das genau so, ja noch schlimmer; denn sie lasse sich in bestimmten Fällen „bis zu 130 Mt.“, also 16 Prozent der versicherten Summe, mehr einzahlen, als sie herausgibt. Das fucht die Redaktion der Monatschrift zu beweisen an einem Beispiel nach dem Tarif I der Volksfürsorge, in welchem sie die nach dem Tode fälligen Versicherungssummen in Vergleich stellt mit den erzielten Einzahlungen.

Das ist ein unlauteres und unfauberes Konkurrenzmanöver; der Vertreter der „Friedrich Wilhelm“, der den Tarif I der Volksfürsorge in der Hand hat, verweigert es nicht, daß die Versicherungsbedingungen des Tarifs I für Versicherung auf den Todesfall mit abgekürzter Prämienzahlung wörtlich lauten:

„Die Versicherungssumme wird mit den angesammelten und um 3/4 Prozent Zinseszins vermehrten Gewinnanteilen beim Tode, spätestens beim 65. Lebensjahre gezahlt. Vom 65. Lebensjahre ab erhöht sich die Versicherungssumme außerdem noch bis zum Tode um jährlich 3/4 Prozent Zinseszins.“

Bei der Volksfürsorge wird kein Versicherter nur die im Tarif bedingte Versicherungssumme allein erhalten, wie bei der „Friedrich Wilhelm“, die eine Gewinnbeteiligung ihrer Versicherten nicht gewährt, bei deren Arbeiterversicherung erst nach zehnjährigem Bestehen eine zehnprozentige Erhöhung der Versicherungssumme eintritt.

Warum verschweigt das alles die Redaktion der Monatschrift ihren Lesern? Weil sonst ihr ganz uneheliches Vergleichsmanöver wertlos wäre.

Von der „Friedrich Wilhelm“ sollte man eine reinlichere Konkurrenzmethode erwarten dürfen. Aber auch sie scheitert an den Tatsachen der Volksfürsorge gegenüber aller Mächtigkeit und Unwidrigkeit entzogen zu sein. Solche Konkurrenz kann der Volksfürsorge auf die Dauer nur förderlich sein, beweist sie doch, daß ihre Bedingungen noch nicht annehmbar sind.

### Internationale Rundschau.

#### Der Österreichische Gewerkschaftskongress.

Vom 6. bis zum 10. Oktober tagte in Wien der österreichische Gewerkschaftskongress, der gleichzeitig für die Gewerkschaften eine Jubiläumfeier bedeutete. Die Gewerkschaftskommission konnte auf eine 20jährige Tätigkeit unter Leitung desbesten Vorsitzenden zurückblicken. Vor 20 Jahren waren der Kommission 46.000 Mitglieder angeschlossen. Diese Zahl ist inzwischen auf 428.000, darunter 80.410 weibliche Mitglieder, gestiegen. Von den Mitgliedern sind 822.000 Deutsche, 77.000 Tschechen, 20.000 Polen, 9000 Italiener, 6000 Slowenen und 1000 Ruthenen. Der Kongress war von 480 Delegierten, ferner von Vertretern der Gewerkschaften in Deutschland, Ungarn, Bosnien, Kroatien und Bulgarien besucht.

Der Kongress beschäftigte keine organisatorischen Streitfragen, denn die Beschlüsse, die bezüglich der tschechischen Separatisten und der durch ihre Maßnahmen sehr außerhalb der Gesamtbewegung stehenden Tabakarbeiter zustande kamen, wurden ohne Debatte einstimmig gefaßt. Den Tabakarbeitern wurde freigestellt, ihre Wiederaufnahme in die Gesamtorganisation nachzusuchen. Mit den tschechischen Separatisten besteht keinerlei Verbindung. Nachdem diese auch die letzte Gewerkschaftsorganisation gesperrt haben, haben sie auch die Vertrauen eines großen Teiles tschechischer Arbeiter verloren, die mehr und mehr einsehen, daß die separatistische Bewegung nicht dem Interesse der Arbeiter dient. Zwar hat der Separatismus den Zentralgewerkschaften bedeutende Schwierigkeiten gemacht, er war aber nicht imstande, der Gewerkschaftsbewegung dauernden Schaden zuzufügen.

Die größte Zeit verwendete der Kongress auf die Bearbeitung der Forderungen auf ausreichenden Arbeiterlohn. Seine Meinung legte er in umfangreichen Resolutionen nieder. Die Forderungen erstreckten sich auf Veränderung der Tätigkeit des Arbeitnehmers, des gesetzlichen Regelung der Heimarbeit und Verkürzung der Fülle auf Lebensmittel und Schaffung freier Handelsverträge. Die Gewerkschaftskommission erhielt den Auftrag, die Errichtung einer Zentralstelle für Arbeiterschutz vorzubereiten. Einen besonderen Punkt bildete die Frage der Jugendorganisation. Den Gewerkschaften wurde empfohlen, die heranwachsende Arbeiterjugend auf den Verband der jugendlichen Arbeiter zu verweisen und ferner, die berufliche und sachliche Ausbildung der jugendlichen Arbeiter zu überwachen und mit allen Kräften zu fördern. Von dem Verband der jugendlichen Arbeiter wird erwartet, daß er seine Mitglieder verpflichtet, der Gewerkschaftsorganisation beizutreten, sobald sie das gewerkschaftliche Alter erreicht haben.

Neben diesen, die Allgemeinheit interessierenden Fragen beschäftigten den Kongress noch Fragen organisatorischer Art, die Einfluß auf Wahl und den Wahlmodus der Delegierten zum Gewerkschaftskongress und zur Gewerkschaftskommission ausübten.

#### Wirtschaftliche Kämpfe in England.

Die letzten Jahre haben eine ungeheure Mehrzahl der wirtschaftlichen Kämpfe im Vereinigten Königreich gebracht. Dabei ist vor allem die Lage der Arbeiter auffallend, daß die ungelerten Arbeiter, um welche sich die alten Gewerkschaften nur selten bemühten, und die auch vielfach für unorganisiert galten, in großen Massen an den Bewegungen teilnahmen, vielfach sogar, ohne daß sie überhaupt einer Gewerkschaft angehört hätten.

Die ungelerten Arbeiter haben sich in England mit Hilfe ihrer alten Gewerkschaftsbewegung wie auch infolge einer Reihe sonstiger günstigen Umstände Lohn- und Arbeitsbedingungen verschaffen können, die nur in wenigen anderen alten Ländern überdies vorhanden sind. Ihre Position, die manchmal einer Monopolstellung gleich war, immer nicht in Gefahr geraten infolge der ungeheuren technischen Entwicklung und infolge der raschen Zunahme der ungelerten Arbeiter. Dazu kam dann noch ein weiterer ungünstiger Moment, daß nämlich die englischen Gewerkschaften infolge ihrer alten Ueberlieferung und Einrichtungen sich der neuen Ordnung der Dinge nicht so schnell anpassen oder anpassen konnten. So entstanden viele Meinungen unter den Gewerkschaften selbst und besonders zwischen den leitenden Personen. In dem Kampfe gegen ein einziges Internationales hatten sich dadurch sowohl der Zahl nach wie auch der Taktik nach die so ungeheuer zerstückelten englischen Gewerkschaften manche Schwäche. Ihre Hoffnung, durch den vor einigen Jahren erfolgten Eintritt in die politische Bewegung einen sofortigen Umschwung der Dinge herbeizuführen, erfüllte sich auch nicht und das erhöhte natürlich die Verwirrung und die Unzufriedenheit an manchen Orten.

All dies zeigt das Einsehen des Umwandlungsprozesses, der innerhalb der englischen Arbeiterbewegung riesenhafte Fortschritte macht, zum Teil allerdings auch infolge des immer härteren Tudes, der von den Unternehmerorganisationen ausgeht. So ist erst kürzlich wieder eine Unternehmerorganisation geschaffen worden, die einen Milliardenfonds zur Bekämpfung der Gewerkschaften aufbringen will. Es dürfte nur noch eine Frage der Zeit sein, bis die englischen Unternehmer sich nach dem Vorbilde ihrer Kollegen des Festlandes starke Organisationen mit Streikversicherungsstellen geschaffen haben, und das dürfte die Einigungsbestrebungen innerhalb der englischen Arbeiterbewegung mehr fördern wie alles andere.

Ein typisches Beispiel dafür, wie der wirtschaftliche Kampf alle sonstigen Meinungsverschiedenheiten in der Arbeiterchaft verwinden macht, um die gemeinsame Hilfsaktion zu ermöglichen, zeigt der Kampf in Dublin, der irischen Hauptstadt. In diesem psychologisch armen Lande hatten sich die Arbeiter nach bei kurzer Zeit von der falschen Richtung und von politischen Parteien anderer Massen ablassen lassen, ihre eigenen Interessen selbst wahrzunehmen. Nur so konnte es kommen, daß in Bezug auf Lebenslage der irische Arbeiter und besonders der Arbeiter in Dublin weit hinter seinen Leidensgenossen auch in den rückständigsten Ländern Europas zurückfiel. Das Glend der dortigen Arbeitermassen war so entsetzlich, daß niemand die Hoffnung hatte, es würde der Arbeiterbewegung gelingen, dieser Masse durch das Mittel der Selbsthilfe bessere Verhältnisse zu schaffen. Wider Erwarten gelang das dem nun berühmten gewordenen Larkin, der seit einigen Jahren für den englischen Dockarbeiterverband die Agitation betrieb. Larkin, der sich als revolutionärer Sozialist bezeichnen konnte, gelang es in mehreren Städten, die Hafenarbeiter zu organisieren und deren miserable Lage wesentlich zu verbessern. Als dann die nationalistische Bewegung in Irland erneut hohe Wellen schlug, folgte er auch dieser infoweit, als er sich von dem englischen Verbands trennte, um einen eigenen irischen Transportarbeiterverband zu gründen. Jede weitere Agitation der englischen Organisationen behinderte er, auch unter Androhung von Gewalt. Er setzte dann die Taktik der partiellen Streiks mit gutem Erfolge fort, zumal die Unternehmer nicht recht organisiert waren, denn sie hatten bisher noch nie mit einer aggressiven Arbeiterbewegung zu rechnen gehabt, wie der Vorjüngende der Dubliner Internationalsorganisation kürzlich bemerkenswert sagte. Inzwischen haben sich auch diese Unternehmer organisiert und als vor einiger Zeit Zwistigkeiten der Straßenbahner mit der Gesellschaft ausbrachen, begannen die Arbeitgeber mit Wahrgelungen; die Arbeiter antworteten mit Sympathiestreiks, indem sie die Weiterbeförderung oder Behandlung von Streikarbeitern verweigerten. Die Internationalsorganisation beschloß dann die Aussperrung und erklärte, daß sie mit dieser inhumanen Transportarbeiterorganisation ein für allemal aufräumen werde. So sind bisher rund 20.000 Arbeiter in den Kampf verwickelt worden. Derselbe würde möglicherweise einer Niederlage der Arbeiter gedenken haben, wenn nicht die Unternehmer, und das geschah unter dem Schutze der öffentlichen Gewalt, den Arbeitern das Koalitionsrecht und die jedem Engländer so teure Redefreiheit angegriffen hätten. Dieser Angriff auf altüberlieferte Freiheiten verhalf den kämpfenden Arbeitern sofort die Sympathie der öffentlichen Meinung. Der damals tagende Gewerkschaftskongress sandte eine Deputation nach Dublin, um die angegriffene Redefreiheit zu verteidigen zu helfen. Und das Bundesamt delegierte seinen bevollmächtigten Schlichtungsbeamten und ließ eine öffentliche Untersuchung über die Ursachen des Kampfes anstellen, bei der die Internationals arg unter die Räder gerieten. Die Untersuchungskommission, der ein Arbeiterbevollmächtigter und ein Mitglied der Arbeiterpartei unter Vorsitz des erwähnten Schlichtungsbeamten angehörten, tadelt zwar die Anwendung des Sympathiestreiks, verurteilte aber besonders scharf das Vorgehen der Unternehmer und schlug schließlich die Einsetzung einer Einigungs- bzw. Schlichtungskommission vor, unbegreiflicherweise lehnten das die Unternehmer ab, und die öffentliche Meinung, die demnach infolge der etwas wider Neben Larkins, der sich darin gegen die Tarifverträge und besonders scharf gegen die Arbeiterpartei wandte, sich etwas gedreht hatte, trat wieder entschieden auf die Seite der Arbeiter.

Trotz der vielfach unverständlichen Haltung Larkins gegenüber der Arbeiterpartei organisierte diese durch das Parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses eine großartige Unterführungsaktion. Sie ließ eine Schlichtung, Lebensmittel nach der anderen von der Großhandelsgesellschaft der Konsumvereine nach Dublin führen und

fort an die Familien der kämpfenden Arbeiter verteilen. Die Lage der Arbeiter aber ist eine sehr entsetzliche, und der Starrsinn der Unternehmer so groß, daß der Kampf zweifellos mit einer Niederlage der Arbeiter enden dürfte, wenn die Unterhaltungsaktion nachlassen sollte. Ein Versuch, die Kinder der Streikenden in Familien in England unterzubringen, wie das so oft in Belgien und Frankreich geschieht, scheiterte an dem fanatischen Widerstand der katholischen Geistlichen, die ihre Gläubigen dazu bewegen, die Abfuhr der Kinder mit Gewalt zu verhindern. Sie stehen alle Abfahrtsstellen der Schiffe und die Bahnhöfe überwachend, um die Auslieferung der katholischen Kinder an das sozialistisch und protestantisch besetzte England zu verhindern. Was würde wohl den Streikenden geschehen, wenn sie auf gleiche Weise die Abfuhr von Arbeitswilligen verhindern wollten? Ihr früherer Kampf ist übrigens jetzt wegen aller möglichen Streikverboten zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt und eingesperrt worden. Augenblicklich hofft man, in seiner Abwesenheit um so leichter der zerbitterten Arbeiter Herr zu werden.

Die Eisenbahner, deren Organisation in drei Jahren von 80 000 auf 370 000 Mitglieder anwuchs und die jetzt in jeder Woche um rund 8000 Mitglieder zunimmt, befindet sich in einer Bewegung gegen die bisherigen Entlohnungsleiter, zu denen als Vertreter des Personals nur alte Eisenbahner zugelassen werden. Diese aber sind immer bei Gefahr der Entlassung aus dem Dienste ausgesagt, wenn sie einer Gesellschaft unangenehm werden sollten. Daher verlangen die Eisenbahner jetzt mit aller Entschiedenheit, daß endlich ihre Gewerkschaftsfunktionen zu den Entlohnungsleitern zugelassen werden. Andernfalls wollen sie sich von dieser Einrichtung überhaupt zurückziehen. Auch die Mitgliederversammlung eines Lokomotivführers zu zwei Monaten Gefängnis, weil er fahrlässig einen Zusammenstoß und dadurch den Tod eines Passagiers (18 waren insgesamt tödlich verunglückt, in zwei Zügen aber nur der Lokomotivführer schon freigesprochen worden) verursacht habe, für den die reichen Angehörigen eine besondere Festsache betrieben, hat zur Erregung beigetragen. In diesem Falle wie auch zur Unterbringung der Dubliner Arbeiter verlangen viele Sektionen des Eisenbahnerverbandes den allgemeinen Streik. Die so bisher schon ausgetretenen partikulären Streiks aber sind von der Leitung des Verbandes nicht anerkannt worden. Die feste Streikflut der Eisenbahner dürfte mit ein wichtiger Grund für die Regierung gewesen sein, eine Kommission einzusetzen, welche die Frage der Verstaatlichung der Eisenbahnen untersuchen soll. Nach dem Vorbilde vieler anderer Länder mit Staatsbahnen wird man dann sicher auch in England den Versuch machen, den Eisenbahnern das Koalitionsrecht zu nehmen.

Ein neuer Hafenarbeiterstreik droht in London, dessen Hafenanlagen zumeist staatlich sind. Die sogenannten Hafenarbeiter aber hat alte Forderungen, die zur Zeit der Lebensnahme des Betriebes gemacht wurden, vergessen, ist allen Forderungen der Arbeiter gegenüber so laub, daß diese demnächst in den Streik treten wollen. Ein Kommissionsbericht über etwaige Reformen im Postdienste hat unter den Postangestellten eine solche Erregung hervorgerufen, daß die verschiedenen Organisationen sich jetzt zusammenschließen und eine gemeinsame Aktion beschließen haben. In der Bericht den Forderungen der Angestellten in seiner Weise gerecht wird und sogar Verschlechterungen der heutigen Arbeitsverhältnisse vorschlägt, erwägen die Angestellten ernsthaft die Frage eines allgemeinen Streiks. Auch ist die Verschmelzung der verschiedenen Organisationen, die zusammen rund 100 000 Mitglieder zählen, jetzt plötzlich in greifbare Nähe gerückt.

**Knappschäftliches.**

**Inlames Lügengefindel.**

Es ist nicht zu beschreiben, mit welchen Verlogenheiten die nationalpolitische Tages- und Gewerkschaftspresse ihren Lesern aufwartet. Stoff hierzu bot ihr in letzter Zeit die Generalversammlung des Bochumer Knappschäftvereins und die Tätigkeit unserer Vorkämpfer bei der Beratung des neuen Knappschäftstatuts. Die Erfolge unserer Vorkämpfer werden von allen vernünftigen Menschen, namentlich aber von den Ruhrbergarbeitern anerkannt. Es ist unseren Vorkämpfern nicht im Traum eingefallen, das Ergebnis über alle Mahnen zu loben, aber es sind für die Ruhrbergarbeiter Vorteile erzielt, mit denen sich unsere Vorkämpfer nicht für alle Zeiten begnügen werden, sondern sie werden weiter wirken, um für die Knappschäftsmittelglieder noch mehr herauszufolgeln. Was aber macht die oberflächliche polnische Presse aus der Tätigkeit der Vorkämpfer? Unter der Überschrift: „Der Verrat der Sozialisten im Bochumer Knappschäftverein“ schreibt die Papierfabrikpresse u. a.:

„Es entspricht der reinsten, ehrlichsten und klaren Wahrheit, daß sich die Sozialisten mit den Kapitalisten vereinigen... und Kaufhauszwang beschließen haben, so daß sich keiner mehr zu Hause bei der Familie pflegen kann, sondern in die Knappschäftsgarnison wandern muß... Die Sozialisten sind zur Bourgeoisie und den Nationalisten durchgeschlüpft, gegen welche sie bisher gekämpft haben. Beweis: Sie haben ein Kompromiß mit den meist-fahrlässigen Kapitalisten geschlossen... Die Sozialisten haben damit bewiesen, daß sie die Arbeiter verraten hatten, als sie schrien, daß sie die Arbeiter beschützen... Die Verge sagen öfters, daß es den Arbeitern garnicht schlecht gehe und daß sie öfters Krankheit und Schwachheit simulieren... Jetzt durch den Verrat der Sozialisten werden die Unarmutigen selbst die Ohnmacht und mer weiß, ob auch nicht den Tod des Arbeiters als Simulation betrachten.“

Zum Schluß des Artikels wird dann noch zu einer eifrigen Agitation gegen die sozialistischen Volkswörter aufgefördert. Von diesem Lügengefindel wird gesagt, daß es die reinsten, ehrlichsten und klaren Wahrheit sei. Nur Teufel! Die Papierfabrikische Katolikenpresse ist längst als durch und durch verlogen bekannt. Schreibt doch sogar ein oberflächlicher katholischer Priester in einem Briefe an einen unserer dortigen Bezirksleiter:

„Bis jetzt waren alle Berichte in der oberflächlich-polnischen Presse, die mich zum Gegenstand hatten, Lüge und Verleumdung, ich habe das immer betont, um diese Presse zu veranlassen, gegen mich zu klagen, aber sie hat weigert, weil sie sich ihrer Schuld bewußt ist.“

Das ist das Urteil eines Geistlichen über diese Presse. Sie lügt und verleumdet!

Nicht besser ist die nationalpolitische Gewerkschaftspresse. Das Organ des nationalpolitischen Metall- und Süttenarbeiterverbandes, „Wzajemna Pomoc“ (vom 1. November) schreibt über die Generalversammlung des Bochumer Knappschäftvereins:

„Die sozialdemokratischen Vertreter. Man sieht, daß sich die Sozialisten immer mehr betranken, nicht mehr als Revisionisten, sondern vielmehr als Bourgeoisien, welche sie früher bekämpften... Eine schöne Geschichte. Die Sozialisten schließen ein Kompromiß mit den Kapitalisten... Bei der letzten Generalversammlung hat der sozialdemokratische Redner so faulmütig und mit solcher Unvorsichtigkeit für die Kapitalisten gesprochen, daß wenn jemand nicht wachte, daß es ein sozialdemokratischer Vertreter war, es sich anbot, als ob ein Vertreter der Gelsen spräche.“

So schreibt ein Gewerkschaftsblatt! Ist denn nicht jeder Abschluß eines Tarifvertrages ein „Kompromiß“ zwischen Gewerkschaftsorganisationen und Unternehmern? Ist die polnische Berufsbereinigung im Frühjahr nicht nach demselben Verfahren der Bergarbeiter durch ein „Kompromiß“ zu beenden? Hat Herr Szymanski nicht an den Ministern Szymanski und diesen erzählt, daß dahin zu wirken, daß die oberflächlichen Unternehmer mit der polnischen Berufsbereinigung verhandeln und ein „Kompromiß“ beschließen? Allerdings bekam Herr Szymanski einen Korb. Hat die P. W. B. nicht auch noch den Oberbergamtspräsidenten von Beuthen angegangen, um ein „Kompromiß“ zu vermitteln? Und hier schreibt dann ein polnisches Gewerkschaftsblatt, die Vertreter des Bochumer Knappschäftvereins seien Vertreter, weil sie als Arbeiterbetreuer mit den Unternehmervertretern im Knappschäftverein verhandelt haben! Das ist ein gewerkschaftlicher Arealismus. Die polnischen Arbeiter sind wirklich zu beklagen, daß solche Leute an der Spitze ihrer Organisation stehen.

Herabheben wollen wir aber, daß die Vertreter der polnischen Berufsbereinigung für die von den Vorkämpfern des Verbandes und den Unternehmern getroffenen Vereinbarungen, also für das Kompromiß, getrennt haben. Sie sind müßig nach dem Urteil ihrer eigenen Presse Bourgeois- und Arbeiterverräter.

**„Bergknappen“-Verleumdung.**

Eine auf Mißverständnisse beruhende Verleumdung des „Bergknappen“ gegen den Knappschäftskämpfer Schenk in Westerbeyen herabgelassen am 5. November das Schöffengericht Hamm. Das wahrheitsliebende Organ der Streikbrecher machte an diesem Kameraden den Vorwurf, er habe nicht als Vertreter der Bergknappen, sondern als Bergarbeiter, er habe den Knappschäftskämpfer Dr. Wiskmann gedrängt, das erkrankte Knappschäftsmittelglied Mohaupt ge-

fünd zu erklären. Natürlich habe der Arzt die Denunziation des Knappschäftskämpfers gefordert und sei dem arbeitserfindlichen Verlangen unserer Kameraden nachgegeben. Dann wurden in erst „christlicher“ Weise an die verleumdenden Behauptungen noch eine Reihe Blößen gehängt zur Berichtigung des Verbandes und seiner Mitglieder. Auf eine sachliche Berichtigung folgten noch verlegendere Angriffe des „Bergknappen“, der seine unwahren Behauptungen in aller Form aufrecht erhielt.

Der Kamerad Schenk strengte deshalb gegen den verantwortlichen Redakteur Mohaupt eine Verleumdung an. In Verhandlungstermin erklärte dieser auf den Vorschlag des Richters, einen Vergleich abzuschließen, daß er von der Michtigkeit seiner Behauptungen überzeugt gewesen sei, da sie ihm von vertrauenswürdigem Zeuge vorgegangen seien; er habe sich in der Abwehr gegen Angriffe des Verbandsblattes befunden und habe nur zeigen wollen, daß die Verleumdung das tun, was sie den armen „Christlichen“ vorwerfen. Herr Mohaupt hatte als „christlicher“ Mißfänger dabei gewiß das Lamm im Auge, das ihm, dem armen gebuldbigen Wälschen, stets das Wasser trübe macht. (D. V.). Zur Zurücknahme seiner Behauptungen sei er erst bereit, wenn die Verhandlung ergeben sollte, daß sie unwahr seien. Das Verhalten des Herrn Mohaupt wird eigenartig illustriert durch die vor der Verhandlung gemachte Verurteilung seines „christlichen“ Vertrauensmannes, der die verleumdenden Artikel schrieb: „Na, bestraft werden wir ja wohl, das bezahlet aber die Gewerkschaft.“ Herr Mohaupt und sein Berichterhalter wußten also, daß ihre Behauptungen unwahr seien, aber zürnt nicht man sie erst dann, wenn diese Unwahrheit gerichtlich bewiesen ist!

Der Zeuge vernommene Knappschäftskämpfer Dr. Wiskmann betonte, daß von den ganzen Behauptungen des „Bergknappen“ auch nicht ein Wort wahr sei. Er habe Mohaupt nur aus dessen andärrliches Verlangen gelund gelächelt; er hätte ihm sehr gern noch ein oder zwei Wochen Schonheit gegeben, da er eine schwere Lungenerkrankung durchgemacht hätte, Mohaupt habe aber erklärt, er könne wieder arbeiten, er sei das Gerumtaufen leid. Der Knappschäftskämpfer Schenk habe weder bei dieser Gelegenheit noch sonst jemals einen Einfluß auf ihn ausüben verstanden; er habe sich vielmehr teilnehmend nach dem Befinden des ihm befreundeten Mohaupt erkundigt!

Der Zeuge Mohaupt, der anfänglich behauptete, er habe den Eindruck gehabt, als ob Schenk sich über sein langes Krankenfeiern, aufgehalten hätte, mußte nach Gegenüberstellung mit dem Arzt zugeben, daß er eine Verleumdung desselben falsch aufgeführt und dadurch einen Verdacht gegen Schenk gefaßt habe. Er habe aber nie zu den unwahren Behauptungen des „Bergknappen“ Anlaß gegeben.

Nachdem so die beleidigenden Behauptungen des „Bergknappen“ als Unwahrheiten festgestellt waren, erbot sich der Verteidiger Mohaupt zu einem Vergleich, um letzteren der Strafe zu entziehen. Der Kamerad Schenk und sein Rechtsbeistand Dr. Baumhaus, denen an der Bestrafung Mohaupt nichts lag (die Verleumdung ist nicht so „christlich“ nachsichtig, D. V.), erklärten, einem Vergleich zuzustimmen, wenn Herr Mohaupt rüchhaltlos die beleidigenden Behauptungen und Aufzählungen öffentlich zurücknehme. Es wurde darauf vom Vorsitzenden folgende Erklärung formuliert, der die Parteien zustimmten und die Herr Mohaupt bis spätestens 20. November im „Bergknappen“ zu veröffentlichen hat:

„Nachdem ich in der Verhandlung vor dem Schl. Schöffengericht zu Hamm am 5. November 1913 herangezogen hat, daß ich auf einen Mißverständnis des Gewährsmannes beruhenden Artikel des „Bergknappen“ in Nr. 23 und 26 vom 7. und 28. Juni 1913, insbesondere die darin enthaltenen Vorwürfe und beleidigenden Ausstellungen gegenüber dem Knappschäftskämpfer Schenk der Wahrheit nicht entsprechen, nehme ich hiermit die beleidigenden Ausstellungen zurück und trage die Kosten des Verfahrens. Ich verpflichte mich, diese Erklärung einmal im „Bergknappen“ zu veröffentlichen.“

Eine bittere Bille für den „Bergknappen“, die ihn aber von seinem „Wahrheitslieber“ nicht kurieren wird. Er muß seinem nemesischen Geschick, den Verband und dessen Mitglieder zu verleunden, ebensofort bleiben, wie die Nase dem Maulen. Das zeigt ja das neueste Flugblatt der „christlichen“ „Wahrheitslieber“ gegen unsere Vertreter zur Genüge, das zur Abwechslung wieder einmal ein „S.“ Inbush verantwortlich zeichnet. Man wird lange auf den Wusch Kapfen müssen, bis man über die Identität des Verantwortlichen im Reinen ist, die weil sowohl Heinrich und Hermann als auch Hanswurst, Galante, Horst, Handtapper, Hansnarr, Hampelmann und Dinge mit dem vielumstülpten Anfangsbuchstaben „S.“ beginnen.

**Mißstände auf den Gruben.**

**Oberbergamtsbezirk Dortmund.**

Jede Varnen. Der Direktor scheint hier ein besonders scharfes Regiment zu führen, was aus dem großen Wechsel der Belegschaft zu schließen ist. Vor einigen Tagen ließ der Herr Direktor zwei Arbeiter zu seinem Bureau kommen und bot ihnen eine Stelle als Hahnschauer an. Die Arbeiter lehnten dies mit den Worten ab, daß sie nie auf Jede Varnen eine Beamtenstelle annehmen würden. Die Unterbeamten haben auf dieser Jede kein angenehmes Dasein zu fristen. Die Jahrgänger der Nachschicht müssen abends anfahren und dürfen vor 8 Uhr morgens nicht herankommen. Dann müssen sie mittags um 2 Uhr wieder zur Parole. Ihr Gehalt ist aber so, daß, wenn ihre Stundenzahl nach Schicht berechnet würde, sie noch nicht einmal 4 Mark pro Schicht verdienen. Da braucht man sich nicht zu wundern, daß Arbeiter das Anerbieten, Beamte zu werden, ablehnen. Nicht kleinlich verfährt die Verwaltung bei Verabfolgung von Hausbrandkohlen für ihre Arbeiter. Jede Familie erhält nur neun Wagen pro Jahr. Wenn einer mal einen schlechten Wagen bekommt oder wegen Krankheit zwei Zimmer heizen muß, dann muß er Kohlen zum vollen Preis kaufen. Nach der Auffassung des Betriebsführers erhält nur derjenige, der alleinstehender Ernährer der Familie ist, Deputatkosten. Wo zwei Köpfe einer Familie arbeiten, müssen sie die Kohlen zu vollen Preisen zahlen.

Jede Mont-Cenis. Berichtigung! Es ist unwahr, daß die Wächter auf Jede Mont-Cenis II nicht genügend gereinigt wird. Die Raue wird nach jedem Schichtwechsel sauber ausgepült und gereinigt. Daß in der Wächter eine Leiter umgefallen sei und ein Arbeiter dabei Schaden erlitten hätte, ist dem Betriebsführer nicht ein einziges Mal gemeldet worden. Es ist unwahr, daß in der Wächter fast jeden Tag gestohlen wird. Es ist unwahr, daß die Markenausgabe eine halbe Stunde vor der Seilfahrt beendet ist. Die Marken werden mittags bis zum Beginn der Seilfahrt, also bis 1 1/2 Uhr, ausgegeben. Es ist schließlich unwahr, daß in der Grube Holzmangel herrscht und daß die Gedingselöhne ungleich festgesetzt werden. Die Gedinge stehen überall so hoch, daß ein auskömmlicher Lohn verdient werden kann. Hochachtung! Gewerkschaft der Steinkohlengrube Mont-Cenis. S. Gener.

Diese Berichtigung ist zwar sehr kategorisch abgefaßt, sonst aber sehr relativ gehalten. So soll es nicht wahr sein, daß die Wächter nicht „genügend“ gereinigt wurde. Wir sind überzeugt, der Herr Betriebsführer ist der Ansicht, daß die Raue stets „genügend“ gereinigt ist, während eine große Anzahl Kameraden der gegenteiligen Ansicht sind und meinen, es könnte bedeutend mehr Sauberkeit darin herrschen. Der „Stubendienst“ beim Militär legt den Tisch mit dem Rehrbein ab und ist der Ansicht, daß der Tisch „genügend“ gereinigt ist, während wir überzeugt sind, daß der Herr Betriebsführer ein Dienstmädchen, die ihn den Tisch mit dem Rehrbein ablegt, zum Teufel jagen würde, weil eine solche „Reinigung“ ihm nicht genügend sei. Weil dem Herrn Betriebsführer nichts vom Umfallen einer Leiter gemeldet worden ist, weil er den Fall „amtlich“ oder „dienlich“ nicht kennt, darum ist die Leiter nicht umgefallen, und weil die bestohlenen Kameraden nicht jeden Diebstahl beim Herrn Betriebsführer melden, kommen für ihn keine Diebstahl vor. Es ist nur schade, daß die Jede nicht dafür haftbar gemacht werden kann, sonst würde der Herr Betriebsführer schon anders urteilen. Nach der Meinung des Betriebsführers herrscht auch kein Holzangel, wie auch das Gedinge überall ausgegeben ist, nur daß sich auch hier die Meinung vieler Kameraden nicht mit derjenigen des Herrn Betriebsführers. Wir sind überzeugt, würde er Bergmann anstatt Betriebsführer sein, würde seine Bergmannsmeinung seiner Betriebsführermeinung diametral gegenüberstehen.

Jede Schlägel und Eisen V und VI (Ederleben). Die Folgen der wirtschaftlichen Krise kommen auf diesem Pütt recht drastisch zum Ausdruck. Seit Monaten sind die Kohlengedinge von Monat zu Monat reduziert worden und sojagieren durchweg. Der Spott, den die Kumpels bei den Lohnreduzierungen über sich ergehen lassen, grenzt schon an direkte Forderung. Da ist es vor allem der Jahrgänger, welcher in der Wacht seiner Ausdrücke es nie so genau nimmt. So wurde von diesem Herrn, wo Kameraden Einwendungen betreffs Lohnreduzierungen machten, ganz einfach erklärt: „Kartoffeln und Kappus sind ja billig, was braucht Ihr da soviel Geld zu verdienen!“ Man ersieht hieraus, wie man von oben

herab über die Kumpels denkt. Daß der Arbeiter Kartoffel und Brot, zur Not noch einen Hering dazu, was will er denn noch mehr? In punkto Strafen geht es hier recht bunt zu, so daß man manchmal hören kann, daß es, solange dieser Pütt steht, noch nie so hergegangen ist, wie jetzt seit ein paar Wochen. Am traurigsten sind die Kameraden dran, die in den unheimlichen Flügen beschäftigt sind, und deren sind recht viele. Nicht genug, daß man die Kumpels mit 5 Mark pro Monat wegen Fördern unreiner Kohlen bestraft, sondern man verweist auf geschädigte Art und Weise die Gesehe zu umgehen und zeigt, wie herrlich unsere Gesetzgebung ist. So ist es gesetzlich festgelegt, daß der Arbeiter wegen Fördern unreiner Kohlen monatlich nicht höher wie mit 5 Mark bestraft werden kann. Aber weit gefehlt! Zunächst gibt man den Leuten ganz einfach den Befehl, keine Kohlen zu liefern, was in den meisten Fällen, zumal bei diesem traurigen Gedinge, ganz unmöglich ist; aber dann werden sie nicht wegen Fördern unreiner Kohlen, sondern wegen Mißachtung der Anordnung einer Gesehe egebenen Anordnung ebenfalls mit 5 Mark bestraft. Weiter hat man gefunden, daß in den unheimlichen Kohlen Steine waren; so wurden eine Anzahl Kameraden mit 3 Mark bestraft, weil sie Steine geladen und zutage geschickt haben. So macht man aus einem Püttum drei, und die Kumpels werden statt mit 5 Mark, wie es dem Gesehe entspricht, mit 18 Mark bestraft. Was sagt die Bergbehörde zu dieser Umgehung des Gesehes? Oder steht die Verachtung von Schlägel und Eisen über dem Gesehe?

**Oberbergamtsbezirk Bonn.**

Grube Selnitz (Saarabien). Etwas mehr Gerechtigkeit dürfte sich der Herr Berginspektor Böhmer angewöhnen. Am 3. November mußte der Unfallmahlde M., der 40 Prozent erwerbsunfähig ist, schon um 1/2 Uhr wieder ausfahren, weil er ein längeres Arbeiten nicht aushalten konnte. Hebertage traf ihn der Herr Inspektor und hersehte ihn an, wie er sich erdreisten und ansahen könne, und als der arme halbaufgebrauchte Bergprolet seinen elenden Zustand sagte, ließ es: „Wenn Sie nicht arbeiten können, dann bleiben Sie zu Hause!“ Andernfalls wollte der Herr Inspektor dafür sorgen, daß er die Arbeit erhalte. Der Mann wird sich also die volle Schicht abqualen müssen, damit er Lust zum Sterben bekommt. Wir meinen, etwas mehr Mitleid und Nachsicht würde sicherlich nichts schaden und das Ansehen des Herrn Böhmer erhöhen. Das Strafgesetzbuch steht in schöner Mitleid. Ueberschneide Strafgeld mit 120-150 Mt. Strafen machen die einzelnen Steiger alle Monat bekannt - die „Christen“ haben schon wieder einen „Erlaß“. Der mit dem Kameraden (Mittler) abgelegte „Christ“ darf wieder anfahren, seine Ablegung wurde rückgängig gemacht. Etwas behalt, weil er ein fleißiger Steuerzahler im „königlich-christlichen“ Streikbruchgewerkschaft ist, oder sollte er über die Generale nach Gnade gepöhlert sein und in Satz und Tisch Buße getan haben? Die Verwaltung hat erst „paritätisch“ gehandelt, warf einen Verleumdung mit einem „Christen“ gemeinsam auf Strafenpflaster, stellt den „Christen“ aber wieder ein, während der Verleumdung abgelegt bleibt.

**Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.**

Gewerkschaft Hebra. Recht eigenartige Zustände bestehen auch den im Abteufen begriffenen Schächten Georga und Lufruth dieser Gewerkschaft. Die Mißstände haben schon dahin geführt, daß wiederholt ein Teil der Belegschaft die Einfahrt verweigerte. Wenn man die Abfahrt gehabt hat, den Arbeitern zu beweisen, daß ihr angebliches Mißbehaltungsrecht tatsächlich nur auf dem Papiere steht, und daß sie bei der Festsetzung der Gedingselöhne nicht mitzureden haben, dann ist das vollständig gelungen. Die Verwaltung hat schließlich ein neues Gedinge festgesetzt und bekannt gemacht. Dasselbe ist ein so raffiniert ausgearbeitetes Kränkelsystem, daß selbst die unorganisierten Arbeiter ihrer Empörung in lauter Weise Luft machten, als sie den Löss sahen. Das neue Gedinge lautet: „Wenn von einer Schicht 1 1/2 Meter gesteuft werden, gibt es Schichtlohn. Bei den ersten zweimal 10 Zentimeter darüber gibt es pro 10 Zentimeter 10 Pf. pro Schicht mehr. Dann für die nächsten 20 Zentimeter pro 10 Zentimeter je 15 Pf. mehr pro Schicht. Dann für die nächsten 20 Zentimeter pro 10 Zentimeter je 20 Pf. mehr pro Schicht.“ Daß selbst bei den größten Anstrengungen die geforderten Leistungen nicht erreicht werden können, darüber sind sich die Arbeiter klar. Daß aber durch ein solches Gedinge ein wildes Draufloschöpfen gefördert wird und dabei alle Vorrichtungsregeln außer acht gelassen werden, dürfte doch der Betriebsleitung nicht unbekannt sein. Aber Vorrichtungsregeln und Arbeiterentscheidungen stehen eben dort auch nur auf dem Papier. Wenn beim Schichtwechsel mehr als vier Mann auf dem Hübel sind, wird Krach gemacht und es droht Strafe. Aber wenn geschossen wird, dann ist nicht soviel Zeit vorhanden, daß ein das Gedinge herausgefördert wird und dann die Mannschaft. Da werden Maschinenbohrer, Schuppen, Haden und Stampfer in den Hübel geworfen, 6-7 Mann stellen sich auf den Hübelrand und dann geht es hoch. Und das geschieht in Gegenwart resp. auf Veranlassung der ausführenden Beamten! Die Behandlung der Arbeiter läßt zu wünschen übrig. Neben das Aufreizen von Bischoff und Bernitz wird viel gefaßt. „N... treten“, „Freie haben“, „Beitragen“ und „nach Hause jagen“ und in ähnlicher Weise hauchen sie die Arbeiter an. Wunders muß man sich nur immer, daß es Arbeiter gibt, die sich etwas derartiges gefallen lassen. Aber es wird den Arbeitern hier noch viel mehr geboten. Bestraft wird bei jeder Gelegenheit und ist der übliche Satz 2 Mark, aber auch in Höhe des vollen Schichtlohnes. Ein Abortkübel ist im Schacht nicht vorhanden. Niemand austreten, dann gibt es Krach. In der Wächter sind die Waschgefäße sehr schmutzig. Der Kauenwärter hat keine Zeit, für die notwendige Keiligkeit zu sorgen, denn er muß für die Beamten den Stiefelpulver machen. Die Schuherei muß er aus seiner Tasche bezahlen. Auf allen Werken, wo geteuft wird, wird den Arbeitern Karbid geliefert, ebenso Stiefelschmiere. Weder hat man hier abgeschafft. Das bedeutet natürlich soviel wie eine Lohnreduzierung, da ungefähr für 7 Pf. Karbid pro Schicht gebraucht wird.

**Rönigreich Sachsen.**

Gebwigsdacht. Recht wenig Rücksicht nimmt die Klassenverwaltung auf ihre abgehenden Arbeiter, hauptsächlich die der Nachschicht. Von Rechts wegen müßte die Lohnzahlung früh 1/2 Uhr beginnen, aber den Herren Beamten scheint dies etwas zu früh zu sein, deshalb beginnen sie damit erst um 1/2 Uhr. Die Arbeiter sind dadurch gezwungen, länger auf dem Werkplatz zu bleiben, als notwendig ist. Etwas mehr Entgegenkommen dürfte hier an Platze sein. Auf Gebwigsdacht und Friedensdacht scheint ein Sparsystem eingeführt zu werden, welches gewiß an unrichtiger Stelle sein dürfte. In der Feuerung gibt es wohl Schlamm in Hülle und Fülle, aber keine Kohlen. Bei diesem Sparsystem ist es aber nicht möglich, immer genügenden Dampf zu schaffen. Tritt infolgedessen Mangel an Dampf ein, kommt der Herr Direktor und droht sofort mit Entlassung. Auch hier könnte sehr leicht Abhilfe geschaffen werden. Wie „harmonisch“ das Verhältnis im Revier ist, zeigen ja auch die hohen Löhne. Beim Bezug des sächsischen Königs im Revier waren alle Zeitungen des Landes für die Werksbesitzer voll. Ein Lohnzettel von einer Belegschaft der Kaisergrube in Oberdorf zeigt die Intereschmerndigkeit im selben Umfang. Ganze 12 Prozent wurden dieser Kameradschaft auf ihren nicht allzu hohen Schichtlohn ausgezahlt. Ob sich angesichts der „nationalen“ Wogen die Herren nicht schämen, einen derartigen erbärmlichen Lohn auszugeben? Die Schuld an solchen unwürdigen Zuständen tragen eben die Vergloute selbst, durch Verleumdungen glauben sie dies ausgleichen zu können. Dadurch geben sie den Herren aber erst recht Anlaß, die Löhne zu kürzen. Die Mannhaftigkeit der „Königstreuen“ beim letzten Streik trägt zule Frucht!

**Oberbergamtsbezirk Breslau.**

Stadtgrube Görlitz. Schon seit längerer Zeit herrschen hier Zustände, die wiederholt Veranlassung zur Kritik in der „Görlitzer Volkszeitung“ waren. Diese Zustände sind aber bis heute noch nicht beseitigt worden. Einzelne Beamte versuchen vielmehr, den Namen des unbehaglichen Kritikers zu erfahren, um denselben an die Lust setzen zu können. Einige Kameraden mühten sich, die „wohlwollende“ Gesinnung dieser Herren erkennen lernen. So auch der Sicherheitsmann des Wertes. Dieser wurde so lange gebrüdet, bis er es nicht mehr aushalten konnte und „bon selbst“ ging. Damit sein Lohn nicht zu „hoch“ ausfallen sollte, bekam er eine größere Nebenarbeit aufgetragen. Die Nebenarbeit erforderte aber längere Zeit, für welche er Bezahlung verlangte. Die Bezahlung der Nebenarbeit wurde vom Betriebsführer Gahneje e verweigert und dem Sicherheitsmann gesagt, wenn er damit nicht zufrieden sei, dann stände es ihm ja frei, zu gehen. Auf dem Werte der liberalen Stadtväter von Görlitz herrscht also auch der Grundjah: Wenn es nicht paßt, der kann gehen. Die Sicherheitsmänner sollen nach Giller „weiße Salbe“ sein und bleiben. Herr Bergat Illner wird im nächsten Jahre, in seinem Bericht wieder schreiben: „Die Sicherheitsmänner haben eine bemerkenswerte Tätigkeit nicht entfaltet.“ Warum sie aber keine bemerkenswerte Tätig-

leitet einfallen können, wird der Bergbehörde nicht bekannt. Ein anderer Kamerad hatte in einer Versammlung über die Zustände auf dem Werke etwas gesagt. Mit den nötigen Entstellungen war es von Schmaragern der Verwaltung hinterbracht worden. Daraus wurde eine Beamteneinladung konstruiert und der Kamerad ohne Einholung der Mündigkeitsfrist entlassen. Ueberhaupt steht das Schmaragertum auf dem Werke in höchster Blüte. Es ist bedauerlich, daß es noch einen Teil Arbeiter gibt, die es als ihre Aufgabe betrachten, ehrliche Kameraden zu verleumden. Meistens sind es solche Personen, die mit der Arbeit nicht recht fertig können und auf diese unfaire Weise ihre Position zu verbessern glauben. Eine ganze Anzahl von braven und tüchtigen Kameraden hat schon schwere Nachteile durch das Schmaragertum erlitten. In vielen Fällen betrifft es Leute, welche sich mit solchen Personen abließen und nicht maßlos ausnützen lassen. Die Wahrheitsliebe dieser Personen ist bekannt, so daß sich der Betriebsführer einen Verdienst um die Belegschaft erwerben würde, wenn er den verleumdeten Personen Gelegenheit zur Verteidigung gäbe, anstatt sie aus Strafenplätzen zu lassen. Die ausgeübten Löhne von 90-100 Mark entsprechen nicht den Leistungen, in denen man Leute nach dem Werk gelobt hat. Wenn das so weiter geht, dann dürften in nicht allzulanger Zeit die meisten dem Dorado den Rücken gekehrt haben. Ob die Inzerte wieder dieselbe Wirkung haben werden, möchten wir bezweifeln. Die paar Karabellen von 180 und 180 Mk. ziehen dann ebenfalls nicht mehr. Die Bewohner der Kolonie wären dankbar, wenn etwas mehr Luft geschaffen würde. Bei dem jetzigen Zustande bedarf es einer gewissen Virtuosität, in die Wohnung zu finden. Die Mieten sind doch beachtlich, daß ohne Einbuße etwas mehr Licht gegeben werden könnte. Für heute wollen wir es gut sein lassen und hoffen, daß die Zeiten eine Besserung bringen. Die organisierten Arbeiter sind nicht die Unholde, als die sie betrachtet werden. Sie haben nur den dringenden Wunsch, daß man auch in ihnen den Menschen sieht und achtet. Die Kameraden aber mögen beachten, daß nur Einigkeit stark macht.

### Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund. Nur ein pathologischer Lügner.

Nach einem Bericht der „Trenonia“ vom 10. November hat Herr Krupp, den der Kamerad Kempfers schon in einer Sommer-Versammlung einen wissenschaftlichen Lügner nannte, in einer Verlesung am 9. November in Dortmund gesagt: „Wenn der Verband immer wieder erklärt, die Verbesserungen betrügen über 24 Mill. Mark, so müsse demgegenüber wiederholt darauf hingewiesen werden, daß nach Angabe der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“, der „Mitteldeutschen Zeitung“ und des „Wertvereins“, also dreier Blätter, die es wissen müßten, die Verbesserungen nur 1 700 000 Mark ausmachten.“

Hat der Mann wirklich so gesprochen, dann ist die Verlogenheit dieses Menschen nicht nur krankhaft, sondern direkt gemeingefährlich. Jeden sittlichen Halt, jeden Anstand im öffentlichen Leben hat der Mann verloren, seine Verlogenheit beherrscht ihn absolut, er muß lügen, lügen um jeden Preis und nennt sich „Christi! Krupp hat als Berichterstatter der Generalversammlung beigegeben, hat nachstehende, in Schreibmaschinenchrift vervielfältigte Berechnung von Herrn Dr. Weidmann erhalten, was wir durch Zeugen am Gericht beweisen. Das Schriftstück wurde durch Herrn Dr. Weidmann persönlich an dem „Presseklub“ verteilt und ist in einer Reihe bürgerlicher Blätter („Wochenscheiter“ vom 13. Oktober) abgedruckt worden und lautet wörtlich:

„Belastung des Vereins durch die heute eingekommenen Anträge.  
In den heute eingekommenen Anträgen gestatte ich mir noch folgendes zu bemerken:  
Ich habe beantragt, daß noch schleunigt die Belastung des Vereins festgestellt wird, welche eintritt, wenn die heute eingekommenen Anträge angenommen werden. Nach der versicherungstechnischen Ausrechnung erfordert die Zahlung des Zuschusses an die ehelichen Kinder der Erkrankten einen Betrag von jährlich 1 440 000 Mk.  
Die Zahlung des Hausgeldes wird jährlich etwa 300 000 Mark betragen.  
Die Beiträge zur Erziehung der Kinder bis zur Vollendung des 15. Jahres aufstakt bis zum 14. Lebensjahre wird etwa 150 000 Mark mehr erfordern  
und die Erhöhung der Beiträge für Waisen etwa 170 000 Mk.  
Die Mindereinnahme der Kasse durch die Ermäßigung des Feiergeldes von 15 Pf. pro Woche auf 10 Pf. ist nicht erheblich, wohl aber wirkt der Fortfall der Kassenzeit in einer nicht näher auszurechnenden Weise immerhin ungünstig auf den Verein.  
Die nur teilweise Anrechnung der Beiträge der reichsgefährlichen Invaliden- und Waisenkassen wird ein Mehr von etwa 390 000 Mark ausmachten.  
Insgesamt wird die Krankenkasse bei Annahme der Anträge belastet mit etwa 1 720 000 Mk. Diese Belastung kann durch die bisherigen Beiträge gedeckt werden.  
Die Belastung der Pensionskasse beträgt 650 000 Mk. Es ist notwendig, die Beiträge auf diejenigen Sätze zu erhöhen, welche vor dem 1. Januar v. J. vorhanden waren.“

Von diesem Schriftstück hat der „Presseklub“, an dem Krupp, Effert, Kühne und noch einige „Christenheuer“ saßen, sich von dem Stenographen noch eine Anzahl nachgeholt und selbst Wahrheits-Klein gestand in Vorbed, daß „nur“ die Presse-menschen das Schriftstück erhalten hätten. Krupp hat es erhalten, hat es gelesen, hat es im „Verknappen“ unterschlagen und liegt in den Versammlungen die Vergleiche mit Vorbedacht und Absicht wider besseres Wissen an! Wenn Dr. Funk schreibt, daß in der Zentrums-Presse nur sittlich und intellektuell minderwertige Menschen die öffentliche Meinung machten, so ist das Urteil nicht einmal scharf genug: Krankhafte Lügner!

### Anton Dröner †

Am 25. Oktober ist in Düren in Folge eines Schlaganfalls der Kamerad Anton Dröner an dem dem Leben geschieden. Dröner ist geboren am 10. März 1854, hat also ein Alter von 59 Jahren und 8 Monaten erreicht. Mit ihm ist wieder einer von unserer alten Garde dahingegangen. Am 1. August 1889 trat er unserer Verbände bei und ist ihm nicht nur in allen Stürmen treu geblieben, sondern hat immer im Vordergrund gestanden. Unermüdet war er in der Kleinarbeit, zuletzt war er bis zu seinem Tode Zeitschriftleiter der „Häufigen Dämpfer“. Durch sein unermüdetes selbstloses Wirken für unsere gerechte Sache, seine stets opferbereite Kameradschaftlichkeit hat sich Dröner in den Herzen aller, die ihn kannten, ein Denkmal gesetzt. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

### Sicherheitsmänner- und Ausschuhwahl.

Auf der Zeche Bonifazius findet am 24. November, vormittags von 9-11 Uhr und nachmittags von 3-6 Uhr Sicherheitsmänner- und Ausschuhwahl statt. Die Wählerlisten liegen vom 8. bis 22. November auf dem Zechenbureau zur Einsicht offen. Pflicht eines jeden Verbandsmitgliedes ist es, sein Wahlrecht zu sichern, Einsicht in die Wählerliste zu nehmen.

### Auf Zeche Barmen

Am 28. November von vormittags 11-12 Uhr und nachmittags von 3-4 Uhr auf dem Bureau des Betriebsführers Sicherheitsmännerwahlen statt und zwar für die Bereiche 1, 2 und 3.  
Da die größte Zahl der hier beschäftigten Arbeiter aus weit entlegenen Ortsteilen zusammengewürfelt sind, hat man eine Wahlzeit angelegt, daß die größte Zahl der Belegschaft nicht in der Lage ist, von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen zu können. Ganz unmöglich ist es denjenigen, die mit dem Zuge und dem Omnibus fahren. Die

organisierten Kameraden, welche eben können, müssen sich ihren Wahlrecht Gebrauch machen, damit den Herren trotz der Schilane die Suppe verjagen wird und kein Rechenrecht, wie es die Verwaltung wünscht, gewährt wird.

### „Christliche“ Zahlenpieterei.

In allen Winkeln suchen die „christlichen“ Streikbrecher nach Verweisen dafür, daß die Erfolge des Verbandes bei der Anknappungsreform kaum der Rede wert seien. Einer ist hierbei auf den schlauesten Gedanken gekommen, daß er im „Verknappen“ (Nr. 45) die „Erfolge“ des Gewerkevereins ausprägt und den Verbandsverfolgen gegenüberstellt. Es kann sich zwar niemand erinnern, daß der „christliche“ Gewerkeverein je einen Erfolg für die Arbeiter erzielt hätte. Der letzte „große Sieg“ dieser Organisation im März 1912 wurde doch, gleich den früheren, für das Grunderkapital und nicht für die Arbeiter erfochten. Immerhin hat der Schwarzgläubiger einen „Erfolg“ aufgetrieben, und zwar einen ziffernmäßigen, der nach dem „Verknappen“ und einigen Zentrumsblättern so aussieht:

Die Mehrleistung an die Anknappungsmittelglieder im Allgem. Anknappungsverein beträgt 1 700 000 Mark. Die Lohnbewegung im Saargebiet hatte aber ganz andere Erfolge aufzuweisen. Trotzdem wurde sie als „Trauerspiel“, „Lohnbewegungsatomie“ und „Erfolgs-märchen“ bezeichnet, während der Ausgang der Bochumer Generalversammlung über den grünen Klee gelobt wird. Allein wie können wir mit einem Vergleiche gegenüber dem sozialdemokratischen „Erfolg“ ausfallen. Der Gesamtdurchschnittslohn der Saarbergleute liegt im 1. Vierteljahr 1913 gegenüber dem Durchschnittslohn von 1912 um 4,22 auf 4,40 Mk. Eine Steigerung von 2,4 Mk. gibt auf 76 verschiedene Schichten ein Mehr von 18,24 Mk., auf die Belegschaftsziffer von 49 115 eine Gesamtsumme von 845 857,60 Mk. an Lohnaufbesserung in einem Vierteljahr. Falls sich die Vergleiche diesen Erfolg durch die Zugehörigkeit zur Organisation festhalten, erhalten sie im Jahre 1912 eine Lohnsteigerung von 3 593 430,40 Mk. Auf die beteiligten Mitgliedschaften ergibt das in den beiden Halbjahren ein Verhältnis von 4 Mk. zu 72 Mk. Also 4 Mk. Anknappungserfolg pro Mitglied, eine sozialdemokratische Mehrleistung, aber 72 Mk. christlicher Lohnerröschungserfolg. „Welt, Bauer, das ist was anderes!“

War wohl, du Hauswirt, das ist was anderes! Eine unehrerliche Frechheit ist es nämlich, wenn jetzt die Streikbrecher herkommen und ihren jauchervollen Beifall bei der Saarkomödie in einen Erfolg umfassen. Vor Scham sollten sie die Augen nieder-schlagen! Der Zahlenjongleur im „Verknappen“ muß es doch wissen, daß der Durchschnittslohn auf dem Saargebiet im 2. Vierteljahr 1913 schon wieder um 3 Pf. pro Schicht gefallen ist und daß seit einem halben Jahre die Vergleiche in hellen Tausen das Saargebiet verlassen! Trotzdem mag der Streikbrecher, die uneingeweihte Leserschaft der Zentrums-Presse anzulügen, jeder Saarkamerad werde für 1913 einen „Lohnerröschungserfolg“ von 72 Mark herauszuschlagen. Es wäre dem dortigen Vergleichen gewiß zu gönnen und der Saarkreis hätte sehr wohl eine solche Lohnerröschung vornehmen können, wie er es ja schon vor Beginn der Komödie versprochen hatte. Er hat sein Versprechen ebenfalls deshalb nicht gehalten, weil er weiß, daß der Streikbrecherverein ohnmächtig jede Ohrfeige eintrudelt und schließlich noch als Erfolg ausposaunt. Nur so läßt es sich verstehen, daß die Verwaltung der Saarkarben es gewagt hat, die 15 Pf. Lohnsteigerung vom 1. Vierteljahr 1913 im 2. Vierteljahr schon wieder auf 12 Pf. herabzusetzen.

Aber selbst dann, wenn man die 12 Pf. Lohnerröschung als Erfolg der Komödie im Dezember 1912 ansehen wollte — was der Handelsminister am 17. Januar d. J. mit aller Entschiedenheit bestritt — blühte sie der Streikbrechermathematik nicht gegen den Verguld ins Reich führen. Denn der Bergarbeiterverband hat die Bewegung unterstützt und das gerade Gegenteil von dem getan, was der Streikbrecherverein neun Monate vorher im Mehrereviertel getan hatte. Aber, obgleich die „Christen“ beim Kampfe im März 1912 auf die Seite der Zechenbesitzer traten und Streikbruch lösten, war der Erfolg des Lohnaufwandes an der Mauer für die Arbeiter doch größer und andauernder, als der Erfolg der Saarkomödie. Und weil der „Verknappung“ so dümm-zerschlagen mit Zahlen aufwartet, die gar nicht maß-sind, wollen wir ihm hier eine Gegenrechnung aufmachen, wie im Mehrereviertel nach dem Streik die Löhne sich entwickelt haben. Das letzte volle Vierteljahr vor dem Streik war das vierte 1911, das erste volle Vierteljahr nach dem Streik war das zweite 1912.

Quartal	Zahl der beschäftigten Schichten	Durchschnittlicher Schichtlohn	Gesamtlohn	Mehrereviertel	Quartal vor dem Streik
4. 1911	77	4,75 Mk.	349 558		
1. 1912	77	4,83 "	348 092		
2. 1912	77	5,00 "	355 802	19,25 Mk.	6 850 343,50 Mk.
3. 1912	83	5,10 "	380 544	29,05 "	10 478 803,20 "
4. 1912	70	5,17 "	374 032	38,18 "	12 470 289,70 "
7. 1913	80	5,28 "	377 437	42,40 "	16 003 328,80 "
2. 1913	83	5,37 "	377 003	51,40 "	19 451 519,78 "

Seit dem Streik Mehrereviertel pro Kopf: 175,34 Mk., insgesamt: 65 200 285,04 Mk.  
Es ist doch mühsamer gut, wenn die „Christen“ Vergleiche anstellen. Waren wir doch unterföhrene und gemeingefährliche Demagogen, wie die Streikbrecher, dann konnten wir mit viel größerem Recht die hier aufgezeigten Lohnleistungen im Mehrereviertel als einen Erfolg des Bergarbeiterverbandes, als diese die geringfügige Steigerung an der Saat buchen. Daß ihm dies die Werksbesitzer beiführen, tut nichts zur Sache — das hat ja auch der Bergwerksminister gegenüber den „Christen“ mit deren „Erfolgen“ an der Saarkomödie. Hätten es die Zechenbesitzer des Mehrereviertel statt mit dem Verbande mit dem Gewerkeverein „christlicher“ Pfauenschweifen zu tun, dann würde es wohl mit den Löhnen trauriger ausfallen als im Saarkreis. Und mit dem Anknappungsbewegungs desgleichen!

### Wie es gemacht wird.

Trotzdem nun schon seit Wochen auf einer Anzahl Zechen des Mehrereviertel Löhnerleistungen mit Zifferschichtweise abgelesen, ist das Unternehmertum ernst beschäftigt, um fremde Arbeitskräfte für das hiesige Revier heranzulassen. Es wurden umfänglich auf Zeche Hermann in Selm eine größere Anzahl Bayern aus dem Saargebiet durch Agenten angeworben. Den Angeworbenen war freie Reise, den Verheirateten auch freier Umzug versprochen, unter der Bedingung, daß die Angeworbenen ein halbes Jahr auf Hermann bleiben. Man sollte nun meinen, die Zeche würde die Umzugs- resp. Reisekosten erst dann in Abzug bringen, wenn die Angeworbenen vor Ablauf des halben Jahres abtraten. Daran läßt sich aber die Verwaltung der Zeche Hermann nicht, denn am letzten Sonntag machten die Bayern zu ihrem Leidwesen die Entdeckung, daß ihnen die Reisekosten umzugslos zum Teil ganz, anderen dagegen nur teilweise in Abzug gebracht waren. Auf die Beschwerde der Kameraden wurde ihnen mitgeteilt, daß ihnen das Geld nach Ablauf des halben Jahres wieder zurückzuerstattet würde.

Diese Maßnahme bedeutet für die Angeworbenen eine große Härte, aber von seiten der Zeche liegt System in der Sache, denn dadurch behält man die Leute schon in den Fingern. Dagegen sind für die erste Zeit stets auf Vorbehalt angewiesen. Wer aber nicht parkert, erhält keinen Vorbehalt und wird dann durch Hunger zur Maison gebracht.

### Ein „christlicher“ Zehnerverteidiger.

Das „Ausschuh“mitglied Wilhelm Krämer von Zeche Präsident, Mitglied im Streikbrecherwerkverein, schied uns eine Ver-rückung auf unsere beiden letzten Mitteilungen über Missstände auf der Zeche Präsident, die dem Streikbrecher absolut nicht gefallen haben. Er behauptet, daß der „Ausschuh“ „christlich-gelb“ sei, wohl seien die Ausschuhmitglieder im Gewerkeverein „christlicher“ Streikbrecher, also nicht „christlich-gelb“, sondern „gelb-christlich“. Nicht darauf kommt es an, wie man sich nennt, sondern wie man handelt. Was nützt es, wenn man mit dem Maul die Gellen befämpft, in der Tat jedoch noch schöpfer handelt, als die Gellen jemals gehandelt haben. Die Gellen sind Zechenrechte und wollen es auch sein, während die Streikbrecherstreifen Generalstreikreden halten, drohen, durch einen Streik die Industrie auf Jahrzehnte lahmzulegen, vom Abwählen eines Millionenstreikfonds reden und dann den Generalstreikbruch machen. Die Gellen verwerfen den Streik, die Streikbrecherstreifen beschließen ihn, wie z. B. die „christlichen“ Zeitschriftler dieses Frühjahr in Aefeld, und lassen dann auf Verbandskosten Streikbrecher anwerben. Herr Krämer sollte uns es deshalb nicht übernehmen, wenn wir seine Organisation nach ihren Taten einschätzen und beurteilen. Für uns gilt folgender Grundsatz: Nach dem Taten, nicht nach Worten zu urteilen. Die Abgabe von nur 9 Wagen Brandföhren ist keine Neuerrichtung, sondern bestes schon 15 Jahre. Ein Unrecht wird demnach zum Recht, wenn es 15 Jahre alt ist! Weiter „berichtigt“ der „christliche“ Krämer:

„Die Erhöhung des Preises für Bergbauhistorie wie Abzug der Abteilbarkeit ist in der letzten Ausschuhung vom Ausschuh zur Sprache gebracht worden, leider ohne Erfolg.“

Wie sich der „Ausschuh“ zur Sache verhält, ob er dafür oder dagegen gesprochen und gestimmt hat, „berichtigt“ das „christliche“ Ausschuhmitglied nicht, jedoch nehmen wir zu seinen Gunsten an, daß er dagegen gewesen ist, wenn auch ohne Erfolg. Wir wissen sehr wohl, daß die Ausschuh, dank dem Zentrumsberrat, nicht so sagen haben. Und dann „berichtigt“ Krämer weiter:

„Das Fehlen von Schichten, Schienennägeln usw. ist auch stark übertrieben. Daß die Strafgeißel, welche größtenteils für Lohn- und Abblands- und Montagsummelet einkommen, zu höchst nützlichen Zwecken verwendet werden, wissen selbst Verbandsmitglieder sehr wohl. Ferner ist es unmaß, daß die Karstoffeln, welche die Verwaltung im Auftrag des Ausschuhes kommen läßt, so schlecht sind, daß, wie ein Vorgesetzter sich soll ausgedrückt haben, sie seien Schwein fressen könne. Wahr ist, daß die Karstoffelmpfänger auf die Frage nach dem Befund der Karstoffeln stets antworten, die Karstoffeln sind nicht nur gut, sondern sehr gut. Daß die Karstoffeln beim Eintreffen sofort vergessenen sind, zeigt auch nicht von deren Schlechtigkeit (11). Wahrheitsliebende Verbandsmitglieder geben selbst zu, daß auch der aus Gewerkevereinsmitgliedern bestehende Ausschuh mal zu schiefen vertritt, daß er heute sogar besser zu schiefen vertritt, als zu der Zeit, wo Verbandsmitglieder die Mehrheit hatten, beweist ein Vergleich der Ausschuhmittlungsprotokolle.“

Wir hatten behauptet, daß in einem Monat 11 Schichten gefehlt haben, was Krämer als „übertrieben“ bezeichnet, ohne jedoch anzugeben, wie viele Schichten den einzelnen Kameraden gefehlt haben. Auch das Fehlen von Schienennägeln und anderem Material findet Krämer als übertrieben und wir sind überzeugt, daß ihm der Betriebsführer darin zustimmt. Ebenso wird er für seinen Karstoffellobelung die Zustimmung der Werkleitung und der Gellen finden und schließlich noch bewirken, daß alle Vergleiche Krämer-Präsident-Karstoffeln haben wollen.

### Warnnachrichten aus der „Kohlenkiste“

In der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ vom 2. November beklagt sich ein Zechenvertreter über sensationelle Alarmnachrichten aus dem Mehrereviertel in der auswärtigen, hauptsächlich der Berliner Presse, die meistentheils übertrieben, oft aus der Luft gegriffen und geeignet seien, ein ganz falsches Bild über die Zechenverwaltungen und die Verhältnisse im Mehrereviertel zu entwerfen. Am meisten ärgert ihn die in Berliner Wäldern erscheinende Mitteilung, auf der Zeche Adolf von Hanfmann seien Keger eingestrichelt worden, während die Grunderbesitzer doch in Wirklichkeit garnicht daran dächten, noch irgendwelche Vorkehrungen getroffen hätten, Keger heranzulassen. Solche Mitteilungen seien nur geeignet, die um das Vaterland und den nationalen Wohlstand so hochverdienten Werksführer in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen, Vergehen gegen das Straf-gesetz, die eigentlich geahndet werden müßten. Es ist zweifellos richtig, daß derartige Nachrichten in führenden Parteiblättern, wie z. B. in der organisierten „Germania“, tatsächlich in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen, aber es ist sehr bezeichnend, daß Wälder, wie die „Germania“, solche Nachrichten für wahr halten und sie verbreiten. Und ist es nicht wieder bezeichnend für den „guten Ruf“ der Zechenbesitzer, daß derartige Mitteilungen so willig Glauben fanden, daß weite Kreise der Bevölkerung den Kostenheranren eine derartige Tat zutrauten? Ihr Ruf im Lande ist tatsächlich schlechter wie ihr selbst, und gerade ihre politischen Freunde und Beschützer ihrer Millionen im Zentrum hielten sie für alles schlag, während wir ihnen eine solche Tat nicht einmal zutrauten, und doch haben wir die schärfsten Säumpfe gegen sie zu führen. Auch uns gingen die Mitteilungen von der Anlegung von Kegern, zuerst von Zeche Deutsche Kaiser, dann von Adolf von Hanfmann zu, mit der bestimmten Versicherung, daß man die Keger habe einfahren lassen, aber dennoch schienen wir die Aufnahme einer solchen Mitteilung ab, weil erstens die Keger noch nicht genügend „zivilisiert“ sind, um sich von den deutschen Zechenbesitzern ausbeuten zu lassen, zweitens konnten wir nicht glauben, daß die Zechenbesitzer die Gefahr so ohne weiteres gestalten würde, drittens würde ein größerer Kegertransport sofortige Massenkämpfe veranlassen, was auch die Grunderbesitzer wie auch die Zechenbesitzer wissen, und viertens all-matialisieren sich die Keger im falschen Verstand, in Deutschland eben-sowenig, wie die Deutschen sich in Afrika allmatialisieren. Ein Keger-Import nach dem Mehrereviertel würde gleichbedeutend sein mit dem Import einer Massenerkrankung, vor der die ein-beimische Bevölkerung angeht und würde so schon der Anlegung und Verwendung von Kegern im deutschen Bergbau Schwierigkeiten entgegen, die ganz außerhalb der „guten Absicht“ der Zechenbesitzer liegen, und wenn wir von allem Anfang nicht an die Anlegung von Kegern geglaubt, die Alarmnachricht nicht gebracht haben, so nicht etwa, weil wir die Grunderbesitzer für zu „wohlwollend“ oder zu „national“ hielten, sondern, weil wir eine Verwendung von Kegern im deutschen Bergbau für unmöglich halten. Somit trauten auch wir den Zechenherren schon zu, daß sie die hilflosen Arbeitskräfte verwenden, die sie bekommen, ganz gleich, aus welchem Lande sie kommen, zu welchem Kaiser und Welt sie sonst halten. Weil nun die eine Mitteilung unzutreffend ist, daraus nicht zu schließen, daß die Berichterstatter sich „falsche Nachrichten“ aus den Äußerungen jenen, um den „guten Ruf“ der „nationalen“ und „wohlwollenden“ Zechenbesitzer herabzuwürdigen, geht entschieden zu weit. Mögen doch die Zechenherren durch Anerkennung der Bergarbeiterorganisation und Einführung von Tarifverträgen, gute Behandlung und Entlohnung zeigen, daß sie wirklich bessere Menschen sind, als ihr bisheriger Ruf.

### Oberbergamtsbezirk Breslau.

### Obersteifische Bergarbeiterverhältnisse in christ-katholischer Beleuchtung.

Als im Frühjahr d. J. die obersteifischen Bergarbeiter in den Streik traten, forderten die katholischen Fachabteilungen ihre Mit-glieder zum Streikbruch auf und erreichten, daß eine große Zahl zur Arbeit gingen. Genau wie der „christliche“ Streikbrecherverein 1912 im Mehrereviertel, machten es die katholischen Fachabteilungen in Ober-schlesien. Vertrauensmänner der Organisation wurden ausgesandt, um die zur Grube gehenden Streikbrecher zu schämen und andere Arbeitswillige zu werben. Dadurch haben nun die katholischen Fach-abteilungen in Oberschlesien schwer gelitten. Um nun das wiedergewonnene Streikbrecherstillein holt zu machen, üben sich die Se-kretäre in Wortradikalismus, nach Schema Effert, Inubisch, Vogel-sang, Häfies usw., wobei sie hin und wieder einmal die Bergarbeiterlage richtig zeichnen. Am 26. Oktober d. J. sprach in einer Versammlung in Wiskusch ein solcher Fachabteiler, der nach einem Bericht des „Obersteifischen Kuriers“ vom 29. Oktober über die Bergarbeiter-verhältnisse in Oberschlesien folgendes ausführte:

„Tatsache ist, daß vor vielen Arbeitsorten so dicke Sprenggasse vorhanden sind, daß die Arbeiter die ganze Schicht hindurch in dem Qualm wie in einem dichten Nebel arbeiten müssen. Wagt ein Arbeiter die Beschaffenheit der Wetter zu bemängeln, so wird er in eine andere minderentlohnte Arbeit verlegt und mitunter von alten Arbeitern eine Leistung verlangt, wie sie nur junge Arbeiter verrichten können. Letzt er die verlangte Arbeit nicht, wird er als Faulenzer gekennzeichnet und ihm entweder die Arbeit gekündigt, oder es wird ihm so zugesetzt, daß er Arbeiter selbst kündigen muß.“

Wenn die verlangte Anzahl der Kohlenfaseln nicht gefördert wird, oder der Schlepper wegen Unfähigkeit des Betriebspunktes angehalten wird, dann lassen die technischen Unterbeamten des Orts-ältesten grüßen und ihm sagen, daß wenn das „Soll“ nicht ge-fördert, ein Bauer mehr der Kameradschaft zugeteilt wird. Der Kameradschaft ist bekannt, daß dadurch dann der Akfordlohn für jeden Arbeiter sich verringert. In solchen Fällen verdient ein Bauer unter 3.-Mk. pro Schicht. Um den schon obenbesitz ungu-reichenden Lohn noch nicht mehr herabgesetzt zu bekommen, haben die Bauer darauf los ohne Rücksicht auf ihr Leben und ihre Ge-sundheit.

„Soll ich so langjam gequält werden, dann möge mich der „Pieron“ auf einmal holen“, das sind die gebräuchlichsten Ausdrücke der Bergarbeiter.

Der Betriebsführer und die Aufsichtsbeamten verlangen die irtliche Befolgung der Sicherheitsvorschriften. Wer gegen diese be-rührt wird bestraft oder entlassen. Die Steiger und Aufsicher for-dern dagegen die Leistung ohne Rücksicht auf Leben und Gesundheit, denn je mehr gefährdet wird, um so höher ist ihre Lohntieme. Gibt ein Arbeiter die Leistung nicht, dann wird er mit Donner-wetter im Zechenhaus empfangen, vor der ganzen Belegschaft be-schimpft und schließlich in eine andere abgelegt oder als faul ent-lassen. Meist das ein Arbeiter bei einem höheren Beamten, dann ist erst recht der Zerkel los. Eine Aussprache der Parteien wird

nicht zugelassen. Dieses System... Die unzufriedenen und jedem Verechtigungsgefühl widersprechenden Zustände müssen abgestellt werden...

So spricht ein Mann, der im vergangenen Frühjahr den Streik der ober-schlesischen Bergarbeiter mit allen Mitteln kaputt gemacht hat... Die katholisch organisierten Bergarbeiter werden keinesfalls am 21. April oder folgenden Tagen mitstreifen...

So hat die Bezirksleitung der katholischen Bergarbeiter im Frühjahr gepfeiffen. Nun sagt sie, daß das ober-schlesische System sich zu einer neuen Unzufriedenheit zusammenfaltet...

Saargebiet und Reichslande. Wahlen im Ober-schlesischen Saargebiet.

Die neue Krankenversicherungsordnung tritt bekanntlich am 1. Januar 1914 in Kraft. Sie bringt eine ganze Anzahl Verschlechterungen, aber auch Verbesserungen für die Mitglieder durch Erweiterungen der Krankenkassen.

Die Bergarbeiter haben allen Grund, dafür zu sorgen, daß eine zuverlässige Vertretung gewählt wird, denn die Betriebs-Krankenkassen haben in punkto Leistungen sehr wenig getan.

Die Bekanntmachungen der Wahlen werden in nächster Zeit erfolgen, deshalb, Kameraden, sorgt dafür, daß Leute in den Ausschuss gewählt werden, die die Rechte und Interessen der Beschäftigten richtig und konsequent zu wahren wissen.

Süd-Deutschland. Der beleidigte Wech!

Wech hat kein Glück auf der Welt, so oft er bis jetzt zum Kadi lief, hat es eitel Eßig gegeben. Trieb Wech es mit dem Kameraden Wempeters bis zur obersten Gerichtsstanz in Bayern, um schließlich in den letzten beiden Instanzen sich lediglich die Kosten zu holen...

Aus dem Lager der päpstlich nicht mehr Geduldeten.

Zur amtlichen Erklärung vor den Apostelgräbern über die Tragweite seiner angeblich privaten Versicherungen über den Enghilfabrief: „Singulari quadam caritate benevolentiae erga Germaniae catholicos“ vom 24. September 1912 ist Bischof Dr. Schulze nach Rom berufen.

worden. Die vom Generalsekretär der interkonfessionellen Gewerkschaften, dem katholischen Herrn Adam Stegerwald in Wien, unter ausdrücklicher Begleichung auf den Baderbörner Bischof in Wort und Schrift verbundene Interpretation der „Bischofs“ als angeblich authentische Auslegung des genannten Papst-Erlasses gilt als eine dogmatische und kanonische Ungeheuerlichkeit.

Eine Brandmarke der Zentrumspresse.

In dem jüngsten Heft des „Neuen Jahrhunderts“ (Nr. 48 vom 20. Oktober) unterzeichnet dessen Herausgeber, der bekannte Reformkatholik Dr. Wilhelm Punt, den „politischen Katholizismus“ einer „unfähigen und schreienden Elemente“ in der „katholischen Bewegung“.

„Es ist bald so weit, daß man die sog. „katholischen“ Zeitungen nur noch mit einem Gefühl des Ekel zu Hand nimmt, wenn man muß; so abstoßend ist die Atmosphäre, die einem daraus entgegenströmt.“

Die edleren Elemente, die intellektuell und sittlich-religiös höher stehenden Kräfte im Katholizismus zogen sich vor solchem Treiben zurück, die minderwertigen aber schrien um so lauter.

„Die geistig inferior ist doch die sog. „katholische“ Presse! Abgesehen von der „katholischen Volkszeitung“, gibt es kein Blatt des politischen Katholizismus, das überhaupt journalistische Qualitäten aufweist. Eine Deditigkeit gähnt durch diese Blätter, die nur unterbrochen wird durch unanständige und buhenshafte Polemik.“

Mit den „Persönlichkeiten im öffentlichen politischen Leben des Ultramontanismus“ stehe es wenig besser. Große Politiker, Persönlichkeiten seien selten im Zentrum; „geschäftliche Emsigkeit und hemmungslose Aufdringlichkeit in der Art Erzbergers“ machen den guten Politiker noch lange nicht.

Lohnbewegungen und Streiks.

Die Notwendigkeit des Arbeitswilligen-Schubes suchten drei von der Gewerkschaft „Freudental“ in Oberkaufungen angeworbene „nützliche Elemente“ zu beweisen. Obwohl ihnen die Verwaltung des Wertes soweit entgegenkam und ihnen den Lohn im Gebirge zahlte, um den die Belegschaft schon in der neunten Woche im Streik steht, konnten sie sich dennoch nicht enthalten, der Betriebsverwaltung über ihr Können ein unfaires Erachten gut bestandenes Examen abzugeben.

haben, denn am anderen Tage bursten die Wäste nach Beendeten Gastspiel unbefehligt die Gefilde Oberkaufungen verlassen. Selbstredend mühen wir der heiligen Sermandab nicht zu, daß sie anders gehandelt hätte, wenn es sich um Streikende, und nicht wie hier, um Streikbrecher handelte.

Verbandsnachrichten.

Buch verloren. Kamerad Wessina Walzer (Nr. 82108) aus Wersberg hat sein Buch verloren. Es wird ersucht, dasselbe beim Auffinden an die Geschäftsstelle Bochum einzusenden.

An unsere Ortsverwaltungen.

Nach § 60 unseres Verbandsstatuts muß die Neuwahl der Ortsverwaltung alljährlich im November und Dezember stattfinden. Da die Versammlungen im Dezember meist schwach besucht sind, so bitten wir, die Neuwahl in allen Bezirken schon im November vorzunehmen.

An unsere Mitglieder!

Die aus vorstehender Bekanntmachung hervorgeht, finden im Monat November in allen Bezirken die Neuwahlen der Ortsverwaltungen statt. Wir bitten unsere Mitglieder, sich recht zahlreich an den Bezirksversammlungen zu beteiligen.

Achtung! Niederschlesische Kameraden Achtung! Diejenigen Kameraden, welche gemeinsam ihre Unrechtsgebühren für das zweite Halbjahr 1913 abfinden wollen, können sich beim Kameraden Julius Kleinwächter in Sochheide, Moltkestraße 10, bis zum 20. November melden.

Localbeitrag.

Der Bezirksstelle Datteln wird die Genehmigung erteilt, ab 1. November einen Localbeitrag von 5 Pf. pro Woche und Mitglied zu erheben. Vom 1. November ab wird ein Localbeitrag von 10 Pf. für jedes Quartal und Mitglied erhoben.

Abreisseneränderungen. Das Verbandsbureau des Bezirks Gamm sowie das Arbeitersekretariat befinden sich vom 3. November ab in Gamm, Hofstraße 25 parterre, neben dem Amtsgericht. Die Sprechtunden des Sekretariats finden in der nächstgelegenen Weise statt.

Bücherrevisionen.

In folgenden Bezirken findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben: Alteneffen I. Mitte November. Bochum IV. Ende November. Bödinghausen. Im November. Datteln. Im Monat November. Gerne II. Vom 21. bis 30. November. Langendreer II. Vom 10. bis 20. November. Sommerberg. Vom 15. bis 30. November.

Kranzspendemarken.

In folgenden Bezirken werden Kranzspendemarken à 10 Pf. geliebt: Alteneffen I. Im Monat November. Bödinghausen. Im Monat November. Datteln. Im Monat November.

Zur gest. Beachtung!

Da vielfach Druckaufträge eingehen, aus denen nicht hervorgeht, wie, wo und wann die betreffenden Veranstaltungen (Versammlungen, Festlichkeiten usw.) stattfinden, ersuchen wir, bei allen Aufträgen genau den Ort, das Lokal und die Zeit anzugeben. Die Geschäftsleitung.

Öffentliche Knappschäftsmitgl.-Versammlungen Sonntag, den 16. November 1913: Steele. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Hell, Breidenbergstraße. ... Die Bergarbeiter Historische Darstellung der Bergarbeiter-Verhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit Von Otto Hue Der zweite Band, 760 S. Kart., ist erschienen.

Öffentliche Bergarbeiter-Versammlungen Sonntag, den 16. November 1913: Harpen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Statmann in Harpen. ... Sonntag, den 23. November 1913: Freilendorf. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Wein in Freilendorf, Elisabethstr. ... Welche Erfolge brachte uns der Kampf um die Knappschäftsreform? Täglich Referenzen in allen Versammlungen zur Stelle.

Zeitungs Fremdwörter und Politische Schlagwörter Verdeutschte und erläutert von Adolf Braun. ... Preis 30 Pf. Vorteilhaftes Angebot! Die deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaften Geb. Nr. 600 dieses Buch auf in keiner Gewerkschafts-Bibliothek fehlen.